DIE LINKE Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Marienstr. 3a
70178 Stuttgart

Tel.: 0711-241045
E-Mail: lgs@die-linke-bw.de

Stuttgart, 19.11.2013

Materialien zum Landesparteitag am 23./24. November 2013

Heft 3

Aktualisierter Zeitplan

Samstag, 23.11.2013

9.00	Uhr	Einlass und Anmeldung
10.30	Uhr	Begrüßung und Konstituierung (*pünktlicher Beginn!*)
10.50	Uhr	Redebeitrag Landesvorstand (Heidi Scharf)
11.10	Uhr	Redebeitrag Bundestagsfraktion und Parteivorstand (Michael Schlecht)
11.30	Uhr	Generaldebatte zur politischen Lage
13.00	Uhr	Mittagspause
13.45	Uhr	Antragsschluss für Dringlichkeitsanträge
13.45	Uhr	Bericht des Landesvorstands, des Landesschatzmeisters, der Landesfinanzrevisionskommission, des Landesausschuss-Präsidiums und der Landesschiedskommission
14.30	Uhr	Aussprache zu den Berichten
14.45	Uhr	Entlastung des Landesvorstands
14.50	Uhr	Wahl des Landesvorstands In den Auszählpausen: - Bericht und Resolutionsvorschlag zu den Kommunalwahlen 2014 - Behandlung von Anträgen - Grußworte
18.30	Uhr	Wahl von zwei Delegierten und zwei Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss
19.15	Uhr	Wahl der Landesfinanzrevisionskommission
19.30	Uhr	Wahl der Landesschiedskommission
20.00	Uhr	Abendessen (anschließend mögliche Fortsetzung des Parteitages bei Zeitverzögerungen)

Sonntag, 23.11.2013

9.00	Uhr	Wahl von 20 Bundesdelegierten (Teil 1)
10.30	Uhr	Rede von Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag von Thüringen)
11.00	Uhr	Wahl von 20 Bundesdelegierten (Teil 2) In der Auszählpause: Behandlung von Anträgen
12.45	Uhr	Mittagspause
13.30	Uhr	Wahl von 20 Bundesdelegierten (Teil 3)
14.00	Uhr	Behandlung von Anträgen

Ende:
14.30 Uhr bei Anwendung des Präferenzwahlsystems (der Zeitplan ist auf dieser Grundlage erstellt)
17.30 Uhr bei Anwendung des konventionellen Wahlverfahrens

Inhaltsverzeichnis

Seite

Aktualisierter Zeitplan …… 1
Tätigkeitsbericht des Landesvorstands …… 2
Resolutionsvorschlag des Landesvorstands zu den Kommunalwahlen 2014 6
Rechenschaftsbericht des Landesschatzmeisters für 2011 / 2012 …..…….…. 9
Vorläufiger Finanzbericht 2013 …….. 13
Aktuelle Mitgliederentwicklung …….. 14
Eingereichte Kandidaturen (bis zum 17.11.)
a) Für den geschäftsführenden Landesvorstand ……..... 16
b) Für den erweiterten Landesvorstand ……..…. 21
c) Für die Landesschiedskommission ……..…. 34
d) Für den Bundesausschuss ……..…. 35

Tätigkeitsbericht des Landesvorstands (Juli 2011 bis November 2013)

Landesvorstand - Mitglieder

Der Landesvorstand wurde am 16. und 17. Juli 2011 gewählt, ein Vierteljahr nach der Landtagswahl. Ihm gehörten als geschäftsführende Mitglieder an: Christoph Cornides, Sabine Rösch-Dammenmiller, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Sybille Stamm und Bernhard Strasdeit.

Die weiteren Vorstandsmitglieder waren: Marta Aparicio, Antje Claaßen, Dorothee Diehm, Monika Knoche, Susanne Kempf, Utz Mörbe, Gregor Mohlbeg, Reinhard Neudorfer, Dirk Spöri, Edgar Wunder, Ali Yalcin, Sabine Zürn. Nach dem Ausscheiden von Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Dammenmiller und Antje Claasen wählte der Landesparteitag im Januar 2013 nach: Marta Aparicio und Dirk Spöri in den geschäftsführenden Landesvorstand sowie Sahra Mirow und Edmond Jäger in den Landesvorstand.

Landesvorstand – Organisation der laufenden Arbeit

Der Landesvorstand traf sich in der Regel einmal monatlich, tagte mitgliederoffen, legte Aufgaben und Verantwortlichkeiten fest, organisierte die Öffentlichkeitsarbeit, informierte in Rundschreiben und im Landesinfo über seine Arbeit. Der Landesvorstand berief im Berichtszeitraum ein und organisierte über die Landesgeschäftsstelle: drei Tagungen des Landesparteitages, die Vertreterversammlung zur Wahl der Landesliste/Bundestag, Beratungen des Landesausschusses sowie regionale Mitgliederversammlungen in Vorbereitung der Bundestagswahl und der Kommunal/Europawahl. Der Landesvorstand fasste Beschlüsse über die Haushalspläne des Landesverbandes, über Wahlkampfbudgets, Projektanträge und zur Mittelvergabe aus dem Kreisfinanzausgleich und über Sonderzuschüsse wie z.B. für die OB-Wahlkämpfe in Göppingen und Karlsruhe. Er behandelte die Berichterstattung zur Mitglieder- und Finanzentwicklung und fasste Beschlüsse zur Organisationsentwicklung. Der Landesvorstand war vertreten bei bundesweiten Treffen des Bundeswahlbüros, des Bundesfinanzrates, der Landesgeschäftsführer und der Landesvorsitzenden.

Der Landesvorstand bzw. die Buchhaltung sicherten die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung für den Haushalt des Landesverbandes und für alle Kreisverbände. Die Landesgeschäftsstelle organisierte u.a. die Mitgliederverwaltung und die Einzelbeantwortung von Anfragen aus den Kreisverbänden und der interessierten Öffentlichkeit. Zur Unterstützung der regionalen Vernetzung und als Schritt, um in den vier Regionen/Regierungsbezirken (Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg, Südwürttemberg) den Organisationsaufbau weiter zu entwickeln, richtete der Landesvorstand Verantwortlichkeiten im geschäftsführenden Landesvorstand für die Koordination der Arbeit in den vier Regionen ein. Die Entwicklung der Regionalisierung der

Vorstandstätigkeit liegt aber noch in den Anfängen und muss vom nächsten Landesvorstand intensiv weiterentwickelt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Hauptmittel der landesweiten Öffentlichkeitsarbeit waren die ständige Internetpräsenz mit der Homepage des Landesverbandes und der technischen Sicherstellung der Homepages der Kreisverbände, zudem die Zeitschrift KURSWECHSEL mit vier Ausgaben, Kampagnen-Plakate und Flyer des LV, Pressemitteilungen und Pressegespräche sowie die viermal jährlich erscheinende Mitgliederzeitung *Landesinfo.* Die Verbreitung der Zeitschrift KLAR (Herausgeber: Bundestagsfraktion) wurde im Landesverband bzw. in vielen Kreisverbänden regelmäßig unterstützt.

Der LV verfügt über gut besuchte Präsenzen auf Facebook (2500 Fans) und Twitter (2000 Follower). Auch die Plattformen flickr und YouTube werden mit Inhalten des Landesverbandes bedient. Der Aufbau von Internetpräsenzen auf Kreisebene wurde durch den Landesverband begleitet und mit Schulungen unterstützt. Im Bundestagswahlkampf gab es erstmals nach der Landtagswahl wieder eine durchgängige Präsenz in Landesmedien.

Kampagnen, landesweite Aktionsangebote und Arbeit in sozialen Bewegungen

Der Landesverband entschied sich 2011 für zwei landesweite Kampagnen: für eine Kita-Kampagne und eine Kampagne gegen Eurokrise und prekäre Beschäftigung. Zu beiden Kampagnen gab es landesweite Auftaktveranstaltungen mit Gästen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Es wurden Infomaterialien, Flyer und Plakate erstellt.

Die Kita-Kampagne setzte den Schwerpunkt auf Verbesserung der Personalschlüssel, Gebührenfreiheit und Durchsetzung des Rechtsanspruchs für U3. Das Angebot wurde am stärksten von kommunalen Mandatsträger/innen aufgegriffen. Einige Kreisverbände sprachen direkt Einrichtungen an, nahmen Kontakt mit Eltern und Erzieher/innen auf, oft mit guten Rückmeldungen. Die Beteiligung und der landesweite Rücklauf der Postkarten waren dennoch zu gering, um diese Kampagne als erfolgreich zu bilanzieren. Über die Aufgabenstellung gab es zwar (scheinbar) Übereinstimmung im Landesverband, aber wir taten uns schwer, weiterführende Impulse für diese Kampagne zu setzen.

Gegen Eurokrise und prekäre Beschäftigung. Im Gegensatz zur KitaKampagne stieß die zweite Kampagne in allen Kreisverbänden auf Resonanz. Die Materialien wurden breit angenommen. Es gab Beteiligung an den Aktionstagen und viele örtliche Verknüpfungen, zu zur Initiative „UmFairteilen“, zu Blockupy und zu gewerkschaftlichen Tarifauseinandersetzungen. Die Advents- und Urlaubsaktionsangebote des LV reihten sich nahtlos in die Kampagne ein und stärkten das öffentliche Auftreten der Partei. Die Kampagne lief inhaltlich direkt in den Bundestagswahlkampf über. Stichworte: UmFairteilen, Millionärsteuer, gute Löhne, gute Rente. Der Landesverband war präsent in zahlreichen außerparlamentarischen Initiativen, so in der **S-21-Bewegung, im Bündnis UmFairteilen und bei Blockpy.** Wir unterstützten landesweite Aktionen der **Friedensbewegung (Ostermärsche)**, der **Antifabewegung** und der **Anti-AKW-Bewegung.**

Veranstaltungstätigkeit im Bündnisbereich

Zum Thema Frieden, Gesundheitspolitik, Armut richtete der LV Veranstaltungen, Sozialkonferenzen und Fachtagungen gemeinsam mit Landesarbeitsgemeinschaften und Gästen aus dem Bündnisbereich aus. Der LV unterstützte Veranstaltungen der Linksjugend [´solid] und bewarb die Kongresse der „Informationsstelle Militarisierung“ sowie die Beteiligung an CSDs in mehreren Städten. Der LV bewarb zahlreiche Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Kommunalpolitischen Forums (Thema Sozialticket) und der Bundestagsfraktion; darunter Sozialkonferenzen in Freiburg und Tübingen, Betriebsrätekonferenzen sowie die gutbesuchte Tagung „Erneuerung durch Streik“, die von der RLS und dem ver.di-Bezirk Stuttgart im März 2012 durchgeführt wurde.

Europapolitik und Veranstaltungen zur Eurokrise

Im April 2012 verabschiedete der Landesparteitag auf Antrag des Landesvorstandes eine Resolution mit dem Titel „Lohndumping bekämpfen – Internationale Solidarität statt europaweites Spardiktat“. 2012 und Anfang 2013 gab es in etlichen Kreisverbänden Veranstaltungen zu den Themen Eurokrise, Bankenrettung, Sozialabbau, Entwicklung in Griechenland. Am 1. November 2012 veranstaltete der Landesvorstand eine landesweit beworbene und mit rund 200 Teilnehmenden gutbesuchte Tagung in

Stuttgart mit Thodoros Paraskevopoulos (Syriza), Heiner Flassbeck (ehem. UNCTAD), Uwe Meinhardt (IG Metall), und Michael Schlecht (MdB) als Referenten. Der vom Landesverband unterstützte Kongress des Studierendenverbandes Linke/SDS am darauf folgenden Wochenende in Freiburg behandelte die gleichen Themen unter dem Motto: „Krise, Ökonomie, Kritik – Wege aus dem Kapitalismus“. Im Berichtszeitraum gab es eine Intensivierung der Kontakte zu den beiden französischen Schwesterparteien, gegenseitige Besuche und regionale Treffen. Im Europawahlkampf sollen diese ausgebaut werden.

Ende der geheimdienstlichen Beobachtung?

Der Landesvorstand startete mehrere Initiativen gegen die Bespitzelung der LINKEN und ihre Erwähnung im Landes-Verfassungsschutzbericht. Ein Brief an Innenminister Gall (SPD) wurde nicht offiziell beantwortet, führte aber zu einem Gesprächskontakt zu seinem Stellvertreter. Seit 2013 wird die Landespartei offiziell nicht mehr mit geheimdienstlichen Mitteln beobachtet. Dies ist nur ein kleiner Fortschritt, da mehrere Zusammenschlüsse der Landespartei sowie der Jugendverband weiter unter Beobachtung des Landesamtes stehen. Das Thema wurde mehrmals kritisch von den Medien aufgegriffen. Hier gilt es am Ball zu bleiben. Im Bundestagswahlkampf und danach organisierte der Landesvorstand mit Kreisverbänden mehrere gut besuchte Veranstaltungen zum Thema NSU/BND und zur Rolle der Geheimdienste mit Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag.

„Landespolitisches Büro“ und Kommunalpolitik

Als ein Ergebnis der Auswertung Landtagswahlen 2011 richtete der Landesvorstand ein „landespolitisches Büro“ als Arbeits- und Beratungsgremium ein, das landespolitische Themen und landesweite Aspekte lokaler und regionaler Politik mit wachsender sachlicher Fundierung bearbeiten soll. Die Einrichtung war auch ein Ergebnis der Erfahrung, dass sich die Partei größere Fachkompetenz in zentralen Fragen der Politik im Land und in den Kommunen erarbeiten muss. Deshalb wurde ab Mai 2013 dazu eine Halbtagsstelle zur Koordination der Arbeit eingerichtet. Darüber soll auch eine Verstärkung der fachlichen Arbeit in Schwerpunkten unserer kommunalen Politik ermöglicht werden. Der Volksentscheid zu S-21, die Themen Bildung und Sozialticket wurden dort behandelt und im Landesinfo mehrmals vorgestellt. Weitere Ergebnisse sind: Veröffentlichungen im *Kurswechsel*, die Herausgabe einer Zwischenbilanz der Landesregierung als Unterstützung im Bundestagwahlkampf („Was SPD und Grüne versprechen und in Baden-Württemberg nicht halten“), die wahlrechtliche und kommunalpolitische Direktberatung von Kreisverbänden im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 2014. Aktuelle Aufgabe ist es, die kommunalpolitischen Eckpunkte aus dem Jahr 2009 zu überarbeiten und für die Beratung im Landesverband aufzubereiten. Landesweite Themen im Schnittbereich zur Kommunalpolitik sollen bevorzugt beraten bzw. mit MandatsträgerInnen, LAGs, kommunalpolitischem Forum und Sachkundigen in der Bearbeitung koordiniert werden. Starken Bedarf gibt es bei den Themen: Sozialticket, Energiepolitik, Wohnungspolitik, Bildung. Regelmäßig bei den Beratungen dabei waren und sind: Mitglieder aus dem Landesvorstand sowie Unterstützende aus den Regional- und Wahlkreisbüros.

Bundestagswahlkampf – Landeswahlbüro - MdBs

Seit Frühjahr 2013 bis zur Bundestagwahl agierte das „landespolitische Büro“ als „Landeswahlbüro“. Eine weitere, gesonderte Arbeitsstruktur hätte zur Dopplung von Arbeit geführt. Eine Konzentration der Kräfte in Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes war notwendig. Im Landeswahlbüro wurden die Beschlüsse des Landesvorstands bezüglich Einsatz der Landesmittel im Bundestagswahlkampf umgesetzt. Die landesweite Erstellung der Personenflyer und Personenplakate für alle 38 WahlkreiskandidatInnen wurde von den Mitarbeitenden organisiert, ebenso die Logistik für Versand und Lagerung aller Wahlkampfmaterialien. Zudem wurden die regionalen Schwerpunktveranstaltungen im Wahlkampf über dieses Arbeitsgremium koordiniert. Der Landesvorstand und das Landeswahlbüro sorgten in mehreren Wahlkreisen für die ordentliche Einberufung der Wahlkreisversammlungen und in einigen Fällen auch für die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten. In einigen Wahlkreisen, in denen die Partei schwach vertreten ist, war diese Hilfestellung notwendig. Der Bundestagswahlkampf wurde im Landesvorstand und gemeinsam mit den Direktkandidatinnen auch im Landesausschuss bilanziert, zudem publizistisch im

Landesinfo. Im Vorfeld der Aufstellung der Landesliste hatte der Landesvorstand vier regionale Konferenzen organisiert, bei denen sich die Kandidatinnen vorstellen konnten und eine Personaldebatte über die Zusammensetzung der Landesliste ermöglicht wurde. Die politischen Kriterien des Landesvorstands für Kandidaturen und die Vereinbarungen mit den ListenkandidatInnen wurden dort vorgestellt. Der geschäftsführende Landesvorstand drängt in verschiedenen Beratungen darauf, diese Vereinbarungen jetzt nach der Bundestagswahl optimal umzusetzen.

Zielvereinbarung Organisationsentwicklung

Für 2012/2013 hat der Landesvorstand eine Aufgabenvereinbarung mit dem Parteivorstand beschlossen und unterzeichnet. Diese Vereinbarung wurde auch im Landesausschuss vorgestellt und beraten. Als Einzelmaßnahmen wurden festgelegt: Sicherstellung der Organisationsstrukturen, Stärkung der finanziellen Basis, weitere Verbesserung der Rechnungslegung auch in den Kreisverbänden, Mitgliederverwaltung, Unterstützung von Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung, Stelleneinsatz, Kampagnenfähigkeit, Vorbereitung Bundestagswahl – und Kommunalwahlkampf, innerparteiliche Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, landespolitische und kommunalpolitische Orientierung, die Stärkung von Regional- und Kreisverbandsstrukturen. Die Vereinbarung hat sich durchaus in der Praxis bewährt und an ihren Aufgabenstellungen wird weiter gearbeitet.

Parteientwicklung – Mitgliederwerbung – demokratische Streitkultur

Die Mitgliederentwicklung stagnierte nach der Landtagswahl 2011, nahm dann ab bis 2012 ab und verbesserte sich im Jahr 2013. Seit Anfang 2013 gibt es wieder mehr Eintritte als Austritte. Der Landesvorstand beschäftigte sich fortlaufend mit der aktuellen Mitgliederentwicklung, mit Problemen der Beitragszahlung und der Werbung von neuen Mitgliedern. Um beitragssäumige Mitglieder zu halten bzw. zurückzugewinnen gab es Telefonaktionen der Landesgeschäftsstelle und der Regionalbüros. Der Landesvorstand organisierte 2012 vier regionale Seminare mit dem Titel „Mitglieder halten – Mitglieder gewinnen“. Um die Arbeit der Kreisvorstände zu unterstützen, hat der Landesvorstand für 2014 ein Bildungsangebot mit mehreren Modulen organisiert und die Finanzierung aus dem Landeshaushalt beschlossen. Der Landesvorstand hat in über zehn Kreisverbänden streitschlichtend agiert und auf solidarische Lösungen hingewirkt, insbesondere in solchen Fällen, bei denen persönliche Konflikte die politische Arbeit beeinträchtigten.

In der Region Rhein-Neckar bestätigte der der Landesausschuss auf Vorschlag des Landesvorstandes eine Umgliederung des bisherigen Kreisverbandes Rhein/Neckar in drei Kreisverbände. Dies erfolgte, indem die Mitglieder der Gebiete Heidelberg/Badische Bergstraße und Kraichgau-Neckar-Odenwald in diesem Gebiet vorgeschlagen haben, eigene Kreisverbände zu bilden. Der verbleibende Kreisverband Rhein-Haardt ist Rechtsnachfolger des Kreisverbandes Rhein-Neckar. Die Umgliederung erfolgte nach Anträgen aus dem bisherigen Kreisverband und nach ausführlicher Beratung aller Argumente auf eigens dafür einberufenen Mitgliederversammlungen. Sie wurde nach dem dafür in der Landessatzung vorgesehenen Verfahren durchgeführt. Ein Einspruch von zwei Mitgliedern bei der Landesschiedskommission wurde zurückgewiesen, bei der zweiten Instanz, der Bundesschiedskommission, ebenfalls.

Politische Bildung

Im Jahr 2012 und 2013 gab es auf Beschluss des Landesvorstandes und mit finanzieller Unterstützung des Landesverbandes mehrere Angebote und Seminare zu linker Medienarbeit.

Zum Thema „aktive Mitgliedergewinnung“ gab es 2012 vier regionale Seminarangebote für Verantwortliche aus den Kreisverbänden. Im Frühjahr 2013 organisierte der Landesvorstand mit Unterstützung der Bundespartei jeweils Seminare für die Wahlkampfverantwortlichen aus den Wahlkreisen sowie für die DirektkandidatInnen.

Ab Ende 2013 bietet der Landesverband ein Seminar Politikmanagement mit mehreren Modulen für Aktive in den Kreisvorständen an. Darüber hinaus müssen wir mehr dezentrale Angebote politischer Bildung für Mitglieder, insbesondere neue Mitglieder und Interessierte, schaffen.

Hinweise für die weitere Arbeit

Der Rückblick auf die Vorstandsarbeit von Juli 2011 bis November 2013 führt uns zu einigen Hinweisen für die Arbeit des nächsten Landesvorstandes:

- Ein Landesvorstand ist einerseits eine Dienstleistungseinrichtung zur Unterstützung und Entwicklung der Politik der Mitglieder und der Kreisverbände.
- Er sollte andererseits, zwar nicht zu viele, dafür aber sachlich gut fundierte Initiativen für nachhaltige Kampagnen entwickeln, koordinieren und über eine längere Strecke umsetzen.
- Das Ergebnis der Landtagswahlen und der Bundestagswahlen hat gezeigt, dass der relativ feste Kern der Wählerschaft der LINKEN in Baden-Württemberg nach wie vor niedrig ist. Ihn zu erhöhen erfordert langen Atem und eine solide Politik der LINKEN, eine Politik mit wachsender Kompetenz, die den Menschen nützt. Dabei muss sich auch der Nutzen sozialistischer Kritik und demokratischer und sozialistischer Ziele in der Entwicklung praktischer, erfahrbarer, lebendiger, verändernder Politik beweisen. Das wichtigste Feld dazu ist die Politik in den Kommunen und Regionen.
- Wir haben erstmals wieder seit 2009 im Jahre 2013 die Zahl der Mitglieder um rd. 170 Mitglieder erhöhen können. Das aber ist Ergebnis der Tatsache, dass mehr als doppelt so viele Mitglieder eingetreten sind – also über 300 – aber deutlich über 100 Mitglieder gleichzeitig ausgetreten sind. Wir müssen uns fragen, was tun wir, damit 300 neue Mitglieder sich in der Partei wohlfühlen und das Parteileben als Bereicherung und Unterstützung ihrer politischen Ansprüche erfahren und was haben wir dagegen getan oder auch nicht getan, dass über 100 Mitglieder austreten?

Mitglieder werben und regionalen Parteiaufbau stärken

Die beiden Aspekte des Parteiaufbaus, die sich ergänzen und wechselseitig beeinflussen, sind also: die weitere und stetig Gewinnung neuer Mitglieder, die wieder neue Mitglieder gewinnen, weil eben die Partei DIE LINKE und ihre Aktivitäten ein Gewinn an politischer und persönlicher Unterstützung und Entwicklung für sie selbst sind und: der organisatorische und strukturelle Aufbau der Partei in den vier Regionen. Der kann nur durch Weiterentwicklung der regionalen Organisation und Zusammenarbeit Fortschritte machen. Denn, das müssen wir leider auch konstatieren, in den Regionen haben einzelne Kreisverbände inzwischen eine kritische Größe, die kaum noch eigene Initiativen, Bündnispolitik und Außenwirkung erlaubt. Das kann nur durch vorausschauende regionale Organisation der politischen Arbeit ausgeglichen und zu einem schrittweisen aber stetigen Wachstum geführt werden. Die Rahmenbedingungen dafür sind im Jahr 2013 wieder günstiger geworden. Mit den Kommunalwahlen im Mai 2014 wollen wir einen Schritt nach vorne machen.

Resolutionsvorschlag des Landesvorstands zur Kommunalwahl 2014

Für soziale und solidarische Kommunen in einem demokratischen und sozialen Europa

Am 25. Mai 20014 finden in Baden-Württemberg zugleich Kommunal- und Europawahlen statt.
Der Landesparteitag unterstützt die Wahlantritte in den Kreisverbänden durch Listen der Linken - als offene Listen der Partei DIE LINKE sowie als Bündnislisten unter Beteiligung der LINKEN – die von den zuständigen Kreisverbänden beschlossen werden.
Derzeit ist die LINKE mit 39 Mandanten der LINKEN und linker Bündnislisten in 29 Städten sowie mit 22 Mandaten in 15 Kreistagen vertreten. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen wollen wir die Zahl unserer Mandatsträger/innen weiter ausbauen und den Nutzen unserer kommunalen Politik für die Menschen vor Ort weiter entwickeln.
Gleichzeitig werden wir die Kommunal- und Europawahlen im Mai 2014 nutzen, um die Präsenz der LINKEN in Baden-Württemberg zu erhöhen und den Aufbau der Partei in den Städten und auf dem Land voran zu bringen.

Mehr linke Politik in die Rathäuser und Kreistage

Die Kommunen sind Raum und Bezugspunkt öffentlicher „Daseinsvorsorge“, wie es in deutscher Verwaltungssprache heißt. Klarer werden die Aufgaben der Kommune in anderen Ländern umrissen, nämlich mit der Bereit- und Sicherstellung *„öffentlicher Dienstleistungen“* und *„öffentlicher Infrastruktur“* (Elektrizität, Gas, Wasser, Verkehr/Mobilität, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Bäder, Natur/Erholung usw.).
Dieser Aufgabe, öffentliche Güter und Dienstleistungen und die öffentliche Infrastruktur für alle Menschen auf dem Gebiet der Kommune bereit- und sicherzustellen, können die Städte und Landkreise immer schlechter nachkommen. Sie verfügen über so gut wie keine eigenen und direkten

Steuermittel, die Mittelzuweisungen durch Bund und Land sinken im Verhältnis zu den steigenden Aufgaben, und die Schulden steigen.
Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich können die Kommunen durch öffentliche Güter und Leistungen kaum mindern und so liegt die Spaltung zwischen auskömmlichem und gutem Leben und Leben in Armut in den Städten und Gemeinden – meist nach Stadteilen getrennt – nahe beieinander.
Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Die Kommunen müssen über Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst bestimmen können. Sie dürfen ihre Entscheidungskompetenz dazu nicht an privatwirtschaftlich organisierte Interessensgruppen abgeben. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung kann nur dann soziale Realität sein, wenn die Kommunen auch selbst wirtschaftlich tätig sind und sie Bereiche, die demokratischer und öffentlicher Einflussnahme zugänglich sind, erhalten und ausbauen.

Ziel bleibt: soziales und demokratisches Europa

Die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise in Europa und die Entwicklung der EU und der Währungsunion sind mit der erfahrbaren sozialen Spaltung vor Ort in den Städten und Gemeinden eng verbunden – aber nicht so, wie die nationalistische Politik der „Alternative für Deutschland“ behauptet.
Die Liberalisierungspolitik der EU beschränkt und durchkreuzt oft die Ziele kommunalen Wirtschaftens und kommunal orientierter wirtschaftlicher Vernetzung (z.B. Dienstleistungsrichtlinie und Ausschreibungsverfahren). EU-Richtlinien sind aber zum großen Teil von der stärksten EU-Macht bestimmt, und das ist Deutschland. Also heißt die Zielrichtung der Kritik Berlin und nicht Brüssel.
Die Armut, die die EU in den neu beigetretenen Ländern nicht lindert, führt dazu, dass viele arme Menschen in die Städte der europäischen Kernländer flüchten. Herausbildung und Wachstum europäischer Metropolregionen führt zu steigenden Boden- und Mietpreisen in den angrenzenden Regionen und zur „Gentrifizierung“ (bezahlbarer Wohnraum nur für Bessergestellte) in den Städten.
Die deutsche Export-Maximierungs-Strategie und die deutsche finanzpolitische Austeritätspolitik in Europa verschärft das wirtschaftliche Ungleichgewicht in Europa und vertieft die Spaltung zwischen armen und reichen Ländern und zwischen Arm und Reich in den europäischen Ländern.
Dass es aber auch die beginnende Möglichkeit zu europaweiter Gegenwehr gibt, hat die Europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung der Wasserversorgung gezeigt.

Dem Nationalismus und Rassismus entgegentreten

Bei den Kommunal- und Europawahlen wird sich die LINKE direkt mit nationalistischen Positionen bezüglicher wirtschaftlicher und sozialer Fragen, wie sie von der AfD vertreten werden, auseinandersetzen müssen. In einer Stadt wie Mannheim hat die AfD bei den Bundestagswahlen 6% der Stimmen erhalten, in einzelnen Stadtteilen mehr. 300.000 Wählerinnen und Wähler der LINKEN haben bei den Bundestagswahlen 2013 AfD gewählt.
Der Demagogie der AfD treten wir nicht dadurch entgegen, dass wir „ihre Themen“ aufgreifen, sondern sie der Kritik unterziehen und indem wir Antworten und Lösungen für die realen, sozialen und politischen Fragen und Widersprüche geben, die AfD und andere Rechte für Ihre Propaganda instrumentalisieren.
Dem Einfluss der verrohenden, nationalchauvinistischen, nach unten tretenden Politik der AfD, den sie bei den Europa- und Kommunalwahlen vergrößern wollen, treten wir entgegen.

- Wir entwickeln die Perspektive für ein demokratisches und soziales Europa aus der Kritik an den herrschenden Zuständen und begründen daraus die konkreten Forderungen an den Beitrag der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik zur weiteren europäische Entwicklung.
- Vor Ort, in den Stadtteilen und auf dem Land, praktisch und konkret greifen wir die sozialen und politischen Missstände auf und arbeiten gemeinsam mit anderen an der Entwicklung, Vertretung und Umsetzung kommunalpolitischer Lösungen. AfD und die Rechte haben keine Lösungen für die realen sozialen Probleme, aber sie nutzen sie als Material ihrer reaktionären Demagogie.
- Gleichzeitig unterstützen wir die außerparlamentarische Bewegungen und Aktivitäten (Blockupy, UmFairteilen).

Zentrale Themen und Aussagen im Kommunalwahlkampf

Zentrale Aussagen linker Kommunalpolitik mit Europa-Orientierung sind gegenwärtig u.a.:

- UmFairteilen: Kommunen brauchen eine sichere finanzielle Ausstattung. Kommunen brauchen die Millionärsteuer.
- Armut bekämpfen: Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Ungleichheit, Verbesserung einer sanktionsfreien Sozialberatung.

- Ausbau von Kindertagesstätten. Senkung, soziale Gestaltung bzw. Abschaffung entsprechender Gebühren.
- Investitionen in die Ausstattung von Schulen, kostenfreie Mittagessen an Schulen und Kampf gegen Kinderarmut, Ausbau von Ganztagsschulen.
- Humaner und weltoffener Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern.
- Flächendeckende Gesundheitsvorsorge und Altenpflege,
- Umsetzung der UN-Konvention zur Behindertenpolitik in den Kommunen (insb. Inklusion),
- Ausbau des ÖPNV und Einführung von Sozialtickets, um gesellschaftliche Teilhabe und Mobilität für alle zu ermöglichen.
- Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen, Austrocknung von Niedriglohnbereichen.
- Bezahlbare Mieten, mehr Sozialwohnungen, Förderung des Neubaus von günstigem Wohnraum.
- Öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Stuttgart 21 stoppen.
- keine Privatisierungen öffentlichen Eigentums, insbesondere der Kreiskrankenhäuser; Rekommunalisierung in zentralen Aufgabenfeldern der Kommunalpolitik.
- Ausbau regenerativer Energien und zügige Umsetzung der Energiewende vor Ort, sozialökologische Stadtplanung, soziale Gestaltung der Energiepreise.
- Mehr direktdemokratische Mitentscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für alle Einwohner.
- Maßnahmen zur sozialen Integration von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Rassismus und Nationalismus vor Ort entgegentreten.

Eine umfassendere Themensammlung und Positionsbestimmung findet sich in unseren schon 2009 beschlossenen kommunalpolitischen Eckpunkten, die derzeit aktualisiert und dann im Februar 2014 verabschiedet und neu aufgelegt werden.
Der Landesparteitag ruft alle Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei dazu auf, sich aktiv in den Kommunalwahlkampf einzubringen, auf unseren Listen zu kandidieren und für linke Positionen zu werben. Denn eine solidarische, aktiv mitgestaltende Bürgergesellschaft wächst von unten her. Linke Kommunalpolitik ist unverzichtbar.

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Der Landesvorstand wird beauftragt, als Unterstützung für die Aufstellung der Kommunalwahlprogramme der Kreisverbände bis Jahresende einen Entwurf für die „Kommunalpolitischen Eckpunkte 2014“ in Überarbeitung der Eckpunkte von 2009 zu erstellen und zur Diskussion in die Kreisverbände zu geben. Sie sollen aktualisierten Eckpunkte sollen dann im Februar 2014 verabschiedet werden.
2. Der Landesvorstand wird beauftragt, für die regionalen Versammlungen im Januar 2014 gemeinsam mit den Kreisvorständen in den vier Regionen vier Schwerpunktthemen unserer kommunalen Politik in Baden-Württemberg mit Vorträgen und Erfahrungsberichten vorzubereiten und die Ergebnisse in verwertbarer Form für die Kreisverbände über die Homepage bereit zu stellen: Wohnungspolitik, Sozialticket, soziale Energiewende, Kitas und Schulen.
3. Vom Landespolitischen Büro soll bis zu den Regionalkonferenzen im Januar zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit und zum Einsatz auch im Kommunalwahlkampf eine Broschüre erstellt werden: „DIE LINKE in den Gemeinde- und Kreisräten in Baden-Württemberg 2009-2013 – ein Rückblick nach vorn“ (Arbeitstitel)
4. Der Landesvorstand wird beauftragt, bis Jahresende ein Format für lokale Wahlprogramme, Flyer und Plakate sowie für den Druck bereit zu stellen.
5. Der Landesparteitag beschließt, 140.000 Euro aus den Rücklagen des Landesverbands für die Finanzierung des Kommunalwahlkampfes einzusetzen. Die Verteilung der Mittel wird auf der Tagung des Landesfinanzrates im Januar beschlossen.
6. Für den Einsatz im Kommunal- und Europawahlkampf wird eine Ausgabe *Kurswechsel* produziert mit je einer regionalen Seite, die von den LV-Mitgliedern in der jeweiligen Region erstellt wird. Satz, Druck und Auslieferung erfolgt über die Landesgeschäftsstelle.
7. Der Landesvorstand wird beauftragt, einen Spendenaufruf zu den Kommunal- und Europawahlen zu verabschieden. Das Spendenziel sind 25.000 Euro zusätzlich zu den Mandatsträgerspenden.
8. Der Landesvorstand wird beauftragt, bis zur Tagung des Landesausschusses im Februar einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand, landespolitischem Büro, Kreisverbänden und Forum Kommunalpolitik im Internet besser vernetzt und unterstützt werden kann.
9. In Freiburg werden wir im Zeitraum März/April 2014 eine Tagung „Für soziale und solidarische Kommunen in einem demokratischen und sozialen Europa“ mit Beteiligung von Gästen u.a. aus Frankreich durchführen. Die Beiträge und Ergebnisse werden in geeigneter Weise veröffentlicht. Der Landesvorstand richtet kurzfristig eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Tagung ein.

DIE LINKE
Landesverband Baden-Württemberg
Teil 1 zum Rechenschaftsbericht

Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2011

	Landesvorstand	Kreise	Gesamt
Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge (zuordenbar)	282.992,62 EUR	2.449,50 EUR	285.442,12 EUR
2. Mandatsträgerbeiträge und regelmäßige Beiträge	0,00 EUR	17.829,84 EUR	17.829,84 EUR
3. Spenden von natürlichen Personen	13.877,50 EUR	43.150,10 EUR	57.027,60 EUR
Spenden nicht zuordenbar	92,48 EUR	568,54 EUR	661,02 EUR
Summe Spenden von natürlichen Personen	*13.969,98 EUR*	*43.718,64 EUR*	*57.688,62 EUR*
4. Spenden von juristischen Personen	0,00 EUR	500,00 EUR	500,00 EUR
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	784,47 EUR	11,01 EUR	795,48 EUR
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriftenund Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	186,10 EUR	1.259,88 EUR	1.445,98 EUR
8. Staatliche Mittel	69.850,00 EUR	0,00 EUR	69.850,00 EUR
9. Sonstige Einnahmen	20.161,18 EUR	3.046,11 EUR	23.207,29 EUR
Zwischensumme	387.944,35 EUR	68.814,98 EUR	456.759,33 EUR
10. Zuschüsse von Gliederungen	549.225,16 EUR	200.677,28 EUR	749.902,44 EUR
11. Gesamteinnahmen	**937.169,51 EUR**	**269.492,26 EUR**	**1.206.661,77 EUR**
Ausgaben			
1. Personalausgaben	137.225,98 EUR	0,00 EUR	137.225,98 EUR
2. Sachausgaben			
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	*84.239,50 EUR*	*39.276,92 EUR*	*123.516,42 EUR*
b) für allgemeine politische Arbeit	*106.879,15 EUR*	*65.077,85 EUR*	*171.957,00 EUR*
c) für Wahlkämpfe	*515.410,37 EUR*	*165.147,89 EUR*	*680.558,26 EUR*
d) für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*
e) sonstige Zinsen	*0,00 EUR*	*1,73 EUR*	*1,73 EUR*
f) Sonstige Ausgaben	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*
Summe Sachausgaben	706.529,02 EUR	269.504,39 EUR	976.033,41 EUR
3. Zuschüsse an Gliederungen	286.357,58 EUR	4.225,16 EUR	290.582,74 EUR
4. Gesamtausgaben	**1.130.112,58 EUR**	**273.729,55 EUR**	**1.403.842,13 EUR**
Überschuß			
Defizit	**-192.943,07 EUR**	**-4.237,29 EUR**	**-197.180,36 EUR**

DIE LINKE
Landesverband Baden-Württemberg
Teil 2 zum Rechenschaftsbericht

Vermögensrechnung 2011

	Landesvorstand	Kreise	Gesamt
Besitzposten			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Haus- und Grundvermögen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
2. Geschäftsstellenausstattung	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Sachanlagen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
II. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
2. Sonstige Finanzanlagen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Finanzanlagen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Anlagevermögen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen an Gliederungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	8.973,50 EUR	0,00 EUR	8.973,50 EUR
III. Geldbestände	53.089,11 EUR	36.619,84 EUR	89.708,95 EUR
IV. Sonstige Vermögensgegenstände	8.742,24 EUR	2.028,86 EUR	10.771,10 EUR
Summe Umlaufvermögen	70.804,85 EUR	38.648,70 EUR	109.453,55 EUR
C. Gesamtbesitzposten	70.804,85 EUR	38.648,70 EUR	109.453,55 EUR
Schuldposten			
A. Rückstellungen			
I. Pensionsverpflichtungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
II. Sonstige Rückstellungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Rückstellungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
B. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	11.810,84 EUR	0,00 EUR	11.810,84 EUR
II. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanz i	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
V. Sonstige Verbindlichkeiten	2.611,78 EUR	536,72 EUR	3.148,50 EUR
Summe Verbindlichkeiten	14.422,62 EUR	536,72 EUR	14.959,34 EUR
C. Gesamtschuldposten	14.422,62 EUR	536,72 EUR	14.959,34 EUR
Reinvermögen	56.382,23 EUR	38.111,98 EUR	94.494,21 EUR

DIE LINKE
Landesverband Baden-Württemberg
Teil 1 zum Rechenschaftsbericht

Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2012

	Landesvorstand	Kreise	Gesamt
Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge	279.740,86 EUR	2.969,00 EUR	282.709,86 EUR
2. Mandatsträgerbeiträge und regelmäßige Beiträge	0,00 EUR	17.143,84 EUR	17.143,84 EUR
3. Spenden von natürlichen Personen	5.964,70 EUR	22.231,98 EUR	28.196,68 EUR
Spenden nicht zuordenbar	71,40 EUR	584,76 EUR	656,16 EUR
Summe Spenden von natürlichen Personen	*6.036,10 EUR*	*22.816,74 EUR*	*28.852,84 EUR*
4. Spenden von juristischen Personen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	804,70 EUR	10,50 EUR	815,20 EUR
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb vo			
7. Druckschriftenund Veröffentlichungen und sons-			
tiger mit Einnahmen verbundener Tätigke	57,00 EUR	1.038,63 EUR	1.095,63 EUR
8. Staatliche Mittel	69.850,00 EUR	0,00 EUR	69.850,00 EUR
9. Sonstige Einnahmen	397.258,00 EUR	2.854,15 EUR	400.112,15 EUR
Zwischensumme	753.746,66 EUR	46.832,86 EUR	800.579,52 EUR
10. Zuschüsse von Gliederungen	122.851,26 EUR	81.316,73 EUR	204.167,99 EUR
11. Gesamteinnahmen	**876.597,92 EUR**	**128.149,59 EUR**	**1.004.747,51 EUR**
Ausgaben			
1. Personalausgaben	142.053,54 EUR	0,00 EUR	142.053,54 EUR
2. Sachausgaben			
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	*70.186,17 EUR*	*38.152,96 EUR*	*108.339,13 EUR*
b) für allgemeine politische Arbeit	*107.828,53 EUR*	*80.398,67 EUR*	*188.227,20 EUR*
c) für Wahlkämpfe	*597,20 EUR*	*16.937,24 EUR*	*17.534,44 EUR*
d) für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*
e) sonstige Zinsen	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*	*0,00 EUR*
f) Sonstige Ausgaben	*10,00 EUR*	*0,00 EUR*	*10,00 EUR*
Summe Sachausgaben	178.621,90 EUR	135.488,87 EUR	314.110,77 EUR
3. Zuschüsse an Gliederungen	353.399,70 EUR	434,50 EUR	353.834,20 EUR
4. Gesamtausgaben	**674.075,14 EUR**	**135.923,37 EUR**	**809.998,51 EUR**
Überschuß	**202.522,78 EUR**		**194.749,00 EUR**
Defizit		**-7.773,78 EUR**	

DIE LINKE
Landesverband Baden-Württemberg
Teil 2 zum Rechenschaftsbericht

Vermögensrechnung 2012

	Landesvorstand	Kreise	Gesamt
Besitzposten			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Haus- und Grundvermögen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
2. Geschäftsstellenausstattung	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Sachanlagen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
II. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
2. Sonstige Finanzanlagen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Finanzanlagen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Anlagevermögen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen an Gliederungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
III. Geldbestände	259.228,33 EUR	29.493,34 EUR	288.721,67 EUR
IV. Sonstige Vermögensgegenstände	8.199,76 EUR	1.929,26 EUR	10.129,02 EUR
Summe Umlaufvermögen	267.428,09 EUR	31.422,60 EUR	298.850,69 EUR
C. Gesamtbesitzposten	267.428,09 EUR	31.422,60 EUR	298.850,69 EUR
Schuldposten			
A. Rückstellungen			
I. Pensionsverpflichtungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
II. Sonstige Rückstellungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Summe Rückstellungen	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
B. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	63,50 EUR	0,00 EUR	63,50 EUR
II. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfina n	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
V. Sonstige Verbindlichkeiten	8.459,58 EUR	1.084,40 EUR	9.543,98 EUR
Summe Verbindlichkeiten	8.523,08 EUR	1.084,40 EUR	9.607,48 EUR
C. Gesamtschuldposten	8.523,08 EUR	1.084,40 EUR	9.607,48 EUR
Reinvermögen	258.905,01 EUR	30.338,20 EUR	289.243,21 EUR

DIE LINKE
Landesverband Baden-Württemberg

Plan-Ist-Vergleich 2013, Jan bis Okt.

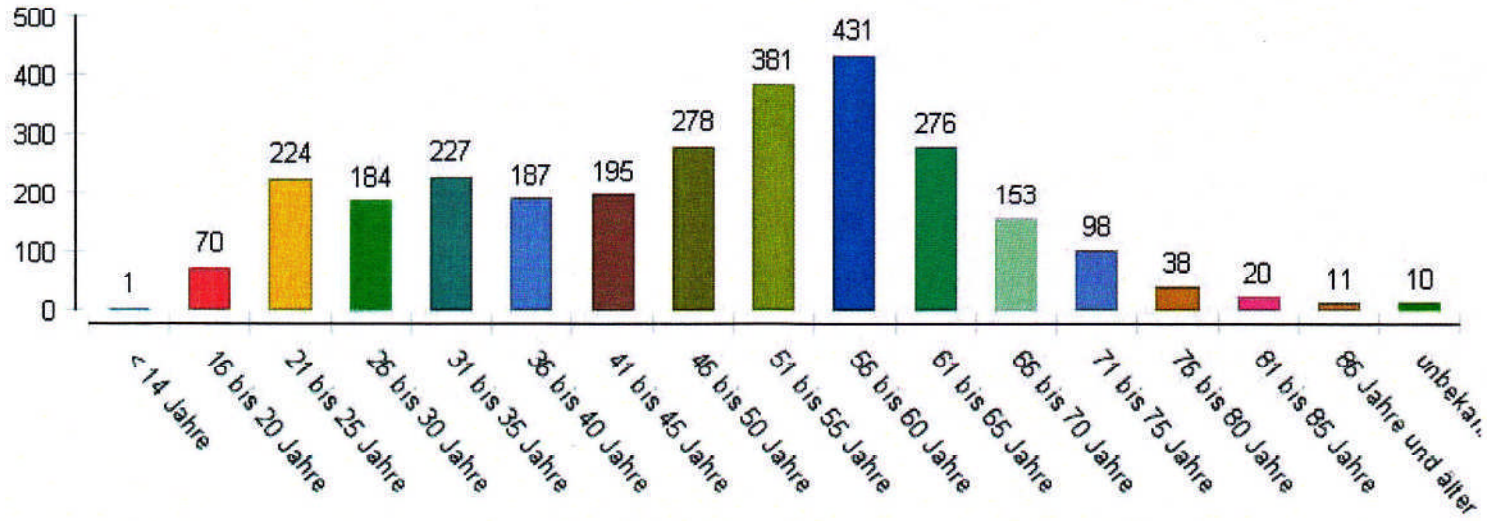
Anteil vom Jahr 83,3%

		Landesverband			
		Ist 2012	**Plan 2013**	**Ist 2013**	**Ist/Plan in %**
Einnahmen					
1.	Mitgliedsbeiträge (zuordenbar)	279.740,86 €	283.300,00 €	237.820,95 €	83,9%
1.1.	*Mitgliedsbeiträge*	*268.459,46 €*	*272.000,00 €*	*226.623,55 €*	*83,3%*
1.2.	*EL-Beiträge*	*11.281,40 €*	*11.300,00 €*	*11.197,40 €*	*99,1%*
2.	Mandatsträgerbeiträge und regelmäßige Beiträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
3.	Summe Spenden von natürlichen Personen	6.036,10 €	10.000,00 €	18.360,68 €	183,6%
3.1.	*Spenden von natürlichen Personen*	*5.964,70 €*	*10.000,00 €*	*18.360,68 €*	*183,6%*
3.2.	*Spenden nicht zuordenbar*	*71,40 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	-
4.	Spenden von juristischen Personen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
5.	Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
6.	Einnahmen aus sonstigem Vermögen	804,70 €	800,00 €	152,31 €	19,0%
7.	Einnahmen aus Veranstaltungen, Druckschriften etc.	57,00 €	100,00 €	71,50 €	71,5%
8.	Staatliche Mittel	69.850,00 €	69.850,00 €	52.387,50 €	75,0%
9.	Sonstige Einnahmen	397.258,00 €	12.840,00 €	10.998,04 €	85,7%
	Zwischensumme	753.746,66 €	376.890,00 €	319.790,98 €	84,8%
10.	Zuschüsse von Gliederungen	122.851,26 €	117.500,00 €	102.079,25 €	86,9%
10.1.	*Zuschüsse vom PV*	*122.416,76 €*	*117.500,00 €*	*99.125,00 €*	*84,4%*
10.2.	*Zuschüsse von anderen LV*	*0,00 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	-
10.3.	*Zuschüsse von KV*	*434,50 €*	*0,00 €*	*2.954,25 €*	-
10.4.	*Zuschüsse vom LV aus Beitragsanteilen*	*0,00 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	-
10.5.	*Sonderzuschüsse vom LV*	*0,00 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	-
11.	**Gesamteinnahmen**	**876.597,92 €**	**494.390,00 €**	**421.870,23 €**	**85,3%**
Ausgaben					
12.	Personalausgaben	-142.053,54 €	-150.000,00 €	-113.376,24 €	75,6%
13.	Sachausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes	-70.186,17 €	-70.200,00 €	-64.552,20 €	92,0%
13.1.	*Geschäftsbetrieb*	*-14.380,72 €*	*-14.400,00 €*	*-15.563,13 €*	*108,1%*
13.2	*Telekommunikation*	*-4.704,18 €*	*-4.700,00 €*	*-4.866,79 €*	*103,5%*
13.3.	*Innere Verwaltung (Mieten)*	*-50.059,47 €*	*-50.100,00 €*	*-42.728,77 €*	*85,3%*
13.4.	*Anschaffungen bis 5000 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	*-497,16 €*	-
13.5.	*Abschreibungen*	*0*			-
13.6.	*Reparaturen*	*-808,69 €*	*-800,00 €*	*-604,07 €*	*75,5%*
13.7.	*Versicherungen*	*-233,11 €*	*-200,00 €*	*-292,28 €*	*146,1%*
14.	Sachausgaben für allgemeine Politische Arbeit	-107.828,53 €	-98.900,00 €	-41.082,22 €	41,5%
14.1.	*Parteitage*	*-18.886,13 €*	*-10.000,00 €*	*-1.347,68 €*	*13,5%*
14.2.	*Sitzungen Parteigremien*	*-17.994,58 €*	*-18.000,00 €*	*-9.721,73 €*	*54,0%*
14.3.	*Lehrgänge/Workshops der Partei*	*-837,70 €*	*-800,00 €*	*-824,50 €*	*103,1%*
14.4.	*Konferenzen der Partei*	*0,00 €*	*0,00 €*	*-160,00 €*	-
14.5.	*Parteiliteratur*	*-32.153,55 €*	*-32.200,00 €*	*-10.970*	
14.6.	*Internationale Beziehungen*	*0*			-
14.7.	*Öffentlichkeitsarbeit außerhalb Wahlen*	*-21.323,43 €*	*-21.300,00 €*	*-7.473,28 €*	*35,1%*
14.8.	*Veranstaltungen außerh. Wahlen*	*-9.117,84 €*	*-9.100,00 €*	*-547,64 €*	*6,0%*
14.9.	*Internet*	*-3.208,58 €*	*-3.200,00 €*	*-1.780,92 €*	*55,7%*
14.10.	*Beiträge für Vereine und Verbände*	*-306,72 €*	*-300,00 €*	*-255,60 €*	*85,2%*
14.11.	*Unterstützungen (Jugendverbände)*	*-4.000,00 €*	*-4.000,00 €*	*-8.000,00 €*	*200,0%*
15.	Sachausgaben für Wahlkämpfe	-597,20 €	-52.940,00 €	-85.396,24 €	161,3%
15.1.	*Wahlparteitage*	*0,00 €*	*-10.000,00 €*	*-17.633,63 €*	*176,3%*
15.2.	*Wahlveranstaltungen*	*0,00 €*	*-10.340,00 €*	*-23.979,06 €*	*231,9%*
15.3.	*weitere Wahlkampfausgaben*	*0,00 €*	*-27.600,00 €*	*-43.528,60 €*	*157,7%*
15.4.	*Aufwendungen Geschäftsbetrieb Wahlkampf*	*-597,20 €*	*-5.000,00 €*	*-254,95 €*	*5,1%*
15.5.	*Spitzenkandidaturen*	*0,00 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	-
16.	Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergeben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
17.	Sonstige Zinsen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
18.	Sonstige Ausgaben	-10,00 €	0,00 €	0,00 €	-
	Summe Sachausgaben	-178.621,90 €	-222.040,00 €	-191.030,66 €	86,0%
19.	Zuschüsse an Gliederungen	-353.399,70 €	-182.350,00 €	-151.087,87 €	82,9%
19.1.	*Zuschüsse an KV aus Beitragsanteilen*	*-66.076,73 €*	*-75.200,00 €*	*-61.505,04 €*	*81,8%*
19.2.	*Zuschüsse an KV Sondermittel*	*-15.240,00 €*	*-26.000,00 €*	*-25.163,88 €*	*96,8%*
19.3.	*Zuschüsse an Parteivorstand (stTF und EL-Beiträge)*	*-272.082,97 €*	*-81.150,00 €*	*-64.418,95 €*	*79,4%*
19.4.	*Zuschüsse an Landesverband von Kreisverbänden*	*0,00 €*	*0,00 €*	*0,00 €*	-
19.5.	*Zuschüsse an andere Parteigliederungen*	*0*			-
20.	**Gesamtausgaben**	**-674.075,14 €**	**-554.390,00 €**	**-455.494,77 €**	**82,2%**
Überschuss/ Defizit		**202.522,78 €**	**-60.000,00 €**	**-33.624,54 €**	
Vermögensentwicklung 2013					
	Bestand 31.12.2012 (Eröffnungsbilanz)		258.905,01 €	258.905,01 €	
	Überschuss/Defizit 2013		-60.000,00 €	-33.624,54 €	
	Reinvermögen am Stichtag 31.12.2013/aktuell		198.905,01 €	225.280,47 €	

Mitgliederentwicklung im Gebietsverband Baden-Württemberg vom 01.01.2013 bis 15.11.2013

Entwicklung der Mitglieder zum 15.11.2013 bezogen auf den 01.01.2013						
	Gesamt	**männlich**	**weiblich**	**juristisch**	**weiblich (%)**	**männlich (%)**
Alter Stand 01.01.2013	2.611	1.993	618	0	23,00	76,00
Neuer Stand 15.11.2013	2.784	2.110	674	0	24,00	76,00
ausgetreten	134	113	21	0	15,00	84,00
neu	320	241	79	0	24,00	75,00
unveraendert	2.448	1.860	588	0	24,00	75,00
verstorben	16	10	6	0	37,00	62,00
verzogen	13	10	3	0	23,00	76,00
zugezogen	16	9	7	0	43,00	56,00

Altersverteilung aller Mitglieder zum Stichtag

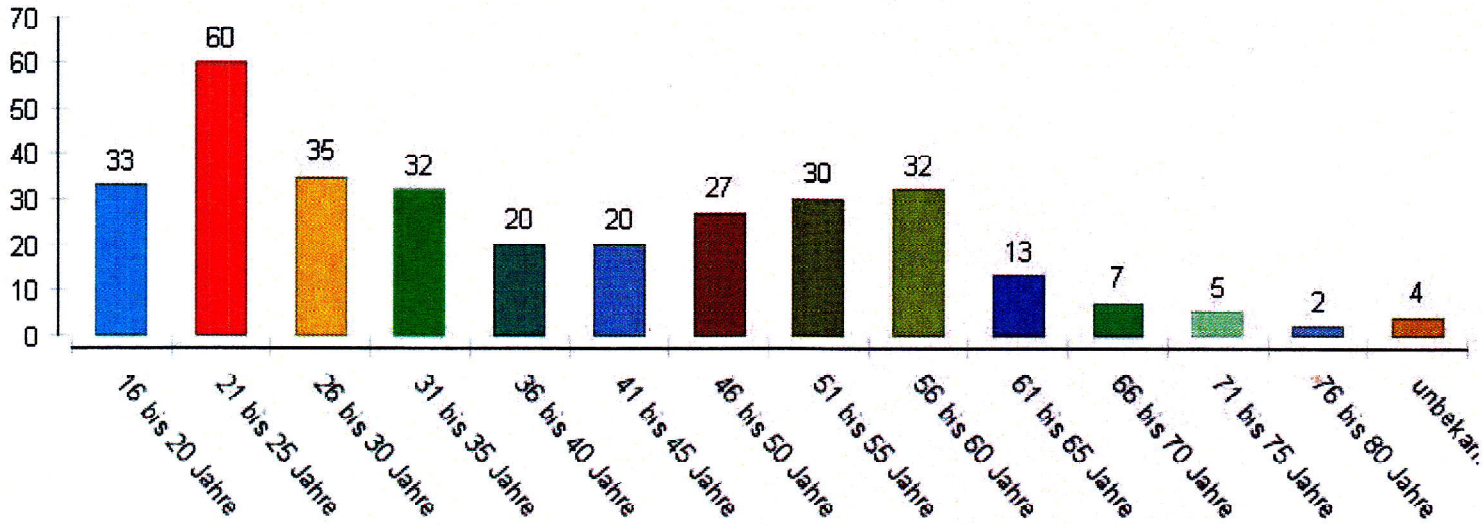


< 14 Jahre	1	0 %
16 bis 20 Jahre	70	3 %
21 bis 25 Jahre	224	8 %
26 bis 30 Jahre	184	7 %
31 bis 35 Jahre	227	8 %
36 bis 40 Jahre	187	7 %
41 bis 45 Jahre	195	7 %
46 bis 50 Jahre	278	10 %
51 bis 55 Jahre	381	14 %
56 bis 60 Jahre	431	15 %
61 bis 65 Jahre	276	10 %
66 bis 70 Jahre	153	5 %
71 bis 75 Jahre	98	4 %
76 bis 80 Jahre	38	1 %
81 bis 85 Jahre	20	1 %
86 Jahre und älter	11	0 %
unbekannt	10	0 %

Die Anzahl der Personen ist 2784

Mitgliederentwicklung im Gebietsverband Baden-Württemberg vom 01.01.2013 bis 15.11.2013

Altersverteilung aller neuen Mitglieder zum Stichtag



16 bis 20 Jahre	33	10 %
21 bis 25 Jahre	60	19 %
26 bis 30 Jahre	35	11 %
31 bis 35 Jahre	32	10 %
36 bis 40 Jahre	20	6 %
41 bis 45 Jahre	20	6 %
46 bis 50 Jahre	27	8 %
51 bis 55 Jahre	30	9 %
56 bis 60 Jahre	32	10 %
61 bis 65 Jahre	13	4 %
66 bis 70 Jahre	7	2 %
71 bis 75 Jahre	5	2 %
76 bis 80 Jahre	2	1 %
unbekannt	4	1 %

Die Anzahl der Personen ist 320

Christoph Cornides
Kreisverband Mannheim
Christoph.Cornides@t-online.de

Kandidatur für den geschäftsführenden Landesvorstand, Landesschatzmeister

Zur Person: 64 Jahre, verheiratet; Beruf: Volkswirt, ausgeübte Berufstätigkeit: Produktmanager Software Steuerberatung/ Wirtschaftsprüfung. Mitglied bei ver.di. Seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre politisch aktiv in antifaschistischen und in kommunistisch/sozialistischen Organisationen und Bündnissen. Anfang der 90er Jahre Mitorganisation der linken Sommer- und Winterschule in Thüringen, Eintritt in die PDS, seit Gründung Mitglied in der LINKEN.
Mitglied Bundes-AG „konkrete Demokratie, soziale Befreiung" bei der LINKEN. Mitherausgeber und Vorstand Förderverein Antifaschistische Nachrichten (derzeit 29. Jahrgang).

Kandidatur und Schwerpunkte: Seit Gründung der LINKEN Baden-Württemberg gehöre ich den jeweiligen Landes- und geschäftsführenden Vorständen in der Funktion des Landesschatzmeisters an. Ich bewerbe mich erneut um Aufgabe und Funktion des Landesschatzmeisters.

Die nächsten beiden Jahre werden in organisatorischer Hinsicht wichtige Jahre des Überganges. Durch das Bundestagswahlergebnis 2013 werden wir weniger Zuschüsse aus zentralen Parteimitteln erhalten, gleichzeitig aber sind die Chancen wachsender Eigenfinanzierung gestiegen. Am 1.1.2013 hatte die LINKE in Baden- Württemberg 2.601 Mitglieder, am 15.11.2013 hatte Sie – erstmals seit 2009 – 170 Mitglieder mehr.

Um diese Entwicklung auch außerhalb von Bundestagswahlen fortzusetzen, sind grundlegende Fortschritte im Organisationsaufbau der Kreisverbände sowohl in den Städten wie auf dem Land notwendig. Meine feste Überzeugung ist, dass ein Schlüssel dazu im Aufbau regionaler Strukturen der Zusammenarbeit und Unterstützung in den vier Regionen Baden-Württembergs liegt. Dazu möchte ich gerne im Rahmen der Arbeitsteilung des geschäftsführenden Landesvorstandes auch direkt in der Region Nordbaden beitragen. Ein zweiter wichtiger Angelpunkt des Parteiaufbaus ist die bessere Organisation unserer Möglichkeiten, (z.B. mit Regionalbüros, Landes-AGs und Büro Landespolitik) in sachlichen Schwerpunkten unsere fachlich/politische Kompetenz auf Landesebene und in den Kreisverbänden weiter zu entwickeln und in konkrete Politik umzusetzen. Dabei sollten wir uns weitere Fortschritte bereits zu den Kommunal- und Europawahlen zum Ziel setzen.

Auch in punkto Finanzen und Rechnungslegung stehen in den nächsten beiden Jahre wichtige Änderungen an, um knappe Finanzmittel effektiv und effizient einzusetzen. Im Jahr 2015 werden wir voraussichtlich die laufende Bilanzbuchhaltung an das neu aufzubauende zentrale Buchungszentrum der LINKEN übergeben. Gleichzeitig steigen dann aber auch die Anforderungen an die Buchungsvorerfassung und an die Organisation des Zahlungsverkehrs in den Kreisverbänden und in der Landesgeschäftsstelle. Hier hat also der Landesfinanzrat u.a. auch einiges an Ausbildungsaufgaben vor sich. Den erreichten Standard der laufenden Rechnungslegung, der Finanzplanung und Finanzberichterstattung wollen wir dabei selbstverständlich halten und weiter entwickeln.

Thematisch gibt es meiner Meinung nach zwei wichtige Punkte, in denen die LINKE insgesamt und also auch der nächste Landesvorstand mehr Arbeit investieren müssen, um auch hier wahrnehmbarere Positionen in der Öffentlichkeit zu vertreten und linke Bündnispolitik zu entwickeln: Bürgerrechte und Demokratie/Politik gegen Repression und Ausgrenzung und: linke Politik für ein demokratisches und soziales Europa. Der wichtigste Beitrag der LINKEN zur Änderungen der EU und der Verhältnisse in Europa ist die Kritik der herrschenden deutschen Europapolitik und die Entwicklung und Vertretung von Alternativen, denn Deutschland ist die größte Wirtschaftsmacht in Europa. Deshalb darf die Linke in Deutschland auch nicht aus dem Auge verlieren, dass eine der wesentlichen Triebkräfte der europäischen Einigung der stete Versuch der Eingrenzung deutscher Vormachts- und Vorherrschaftspolitik war und ist.

Die Motivation „Veränderung beginnt mit Opposition" und das Ziel einer sozialistischen Partei, in der die Mitglieder gemeinsam und zusammen mit den widerständigen sozialen und politischen Strömungen und Bewegungen in der Gesellschaft eine konkrete Politik strukturändernder Reformen entwickeln und umsetzen - das sind für mich zwei wichtige Dinge, die das Projekt der Partei DIE LINKE ausmachen.

Sahra Mirow, geb. 1984
KV Heidelberg/Bad. Bergstraße
sahra.mirow@dielinke-kv-heidelberg.de

Bewerbung für den geschäftsführenden Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich mich für den geschäftsführenden Landesvorstand bewerben.
Ich bin 29 Jahre alt und habe mein Studium der Ostasienwissenschaften und Archäologie in Heidelberg abgeschlossen. Seit Ende 2010 bin ich in der Linken aktiv. Ich bin im Orts- und Kreisvorstand und seit Anfang dieses Jahres auch in den erweiterten Landesvorstand gewählt worden. Dem Landesvorstand habe ich vorher längere Zeit als Beisitzerin für den Jugendverband beratend beigewohnt und wusste somit, was auf mich zukommt.
Ich war in mehreren Arbeitsgemeinschaften aktiv und das auch mit einigen Erfolgen. Ab 2014 wird es zum Beispiel in Heidelberg ein Sozialticket geben.

Seit April 2011 bin ich Landessprecherin des Jugendverbandes. Mir ist der organisatorische Aufwand einer solchen Tätigkeit bewusst und ich verfüge sowohl über die nötigen zeitlichen wie auch organisatorischen Voraussetzungen, um den Anforderungen des geschäftsführenden Landevorstandes gerecht zu werden. Während meiner Bundestagskandidatur konnte ich zudem wichtige Erfahrungen sammeln und habe mich auf den Podien behaupten können. So habe ich viele positive Rückmeldungen bekommen, insbesondere auch aus den Reihen der sozialen Bewegungen.

Im geschäftsführenden Landesvorstand würde ich neben den allgemeinen organisatorischen Aufgaben auch wieder eine Kontaktstelle zwischen Partei und Jugendverband bilden. Mir ist zudem die Konzeption und Durchführung landesweiter Projekte sehr wichtig, weswegen ich gerne die Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes (mit)verbessern würde. In der nächsten Zeit werden natürlich die kommenden Europa-und Kommunalwahlen unsere größte Aufmerksamkeit beanspruchen. Hier möchte ich mich neben meinem Einsatz als Kandidatin in Heidelberg auch organisatorisch auf Landesebene einbringen. Das neue Auszählungsverfahren, aber auch das geänderte Wahlalter ab 16 bieten uns Chancen und Gelegenheiten, die wir ergreifen müssen. Als drittstärkste Partei auf Bundesebene liegt es nun an uns, das kommunale Fundament unserer Partei zu stärken.

Daran möchte ich mich aktiv beteiligen und hoffe dafür auf euer Vertrauen.
Solidarische Grüße, Sahra Mirow

Heidi Scharf

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich auf dem Landesparteitag für den geschäftsführenden Landesvorstand.

Seit Gründung der WASG bin ich aktives Mitglied und in verschiedenen Funktionen innerhalb der Partei tätig gewesen (Kreisvorstand, Landesvorstand, geschäftsführendes Landesvorstandsmitglied und Parteivorstand, sowie stellvertretend im Bundesausschuss). In all diesen Gremien habe ich offensiv unsere Positionen miterarbeitet und natürlich auch vertreten.
Ein besonderes Anliegen waren mir dabei folgende Punkte:

- O Arbeit für alle zu guten tariflichen Bedingungen, dazu gehört auch ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von mind. 10 Euro mit jährlicher Anpassung, mindestens entsprechend der Preissteigerungsrate
- O den Wert der Arbeit gerade auch im personennahen Dienstleistungsbereich erhöhen
- O Bessere, sanktionsfreie, finanzielle Ausstattung von Langzeitarbeitslosen sowie aktive Hilfe bei der Qualifizierung
- O Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen
- O eine Familienpolitik, die alle Zusammen-Lebensformen umfasst
- O Arbeitszeitverkürzung und damit Schaffung von Arbeitsplätzen aber auch Freiraum für Erwerbstätige bietet um Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren zu können
- O eine Rente, die den Lebensstandard sichert
- O ein gutes Bildungssystem, das allen Kindern die gleichen Chancen bietet von der KiTa bis zum Studium, gebührenfrei und ganztags mit Hilfe von qualifiziertem Personal
- O Verankerung der Partei auf Ortsebene und nicht zuletzt
- O ein friedliches Zusammenleben aller Völker und ein soziales, friedendsbewegtes Europa

Ohne uns LINKE ist kein Staat zu machen. Wir haben viel bewegt, wir sind aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Allerdings haben wir in Baden-Württemberg noch Defizite beim Parteiaufbau. Wir müssen uns schnell und intensiv um die Kommunalwahlen und in Folge davon auch um die Landtagswahlen kümmern. Wir müssen den Parteiaufbau aktiv betreiben, nach außen sichtbar sein und unsere Positionen immer wieder offensiv vertreten.
Daran möchte ich in den nächsten Jahren auch weiterhin im geschäftsführenden Landesvorstand mitwirken.

Kandidatur für den geschäftsführenden Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich um einen Platz im geschäftsführenden Landesvorstand.

Motor für Veränderung

DIE LINKE ist schon jetzt Motor für Veränderung: vor Ort gegen Wohnungsnot und Mieterhöhungen oder an der Seite der Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel zu stehen kann hier und heute die Lebenssituation von Menschen verbessern. Unsere wichtigsten Bündnispartner sind die Menschen, die aktiv werden oder sich zusammen tun, um Solidarität zu organisieren, die Lebens-bedingungen der Menschen zu verbessern und Ungerechtigkeit zu verhindern.

Mitglieder gewinnen, LINKE aufbauen

Wir müssen da sein, wo es brennt: wenn Arbeitsplätze bedroht sind, Nazis Hass und Gewalt verbreiten oder Flüchtlinge unter miesen Bedingungen leben. Ich möchte, daß DIE LINKE in die Lage kommt, überall dort Solidarität zu leisten, Missstände anzuprangern und Druck zu machen, daß sich was ändert.

Dazu brauchen wir mehr Mitglieder und Strukturen vor Ort, die Handlungsfähig sind. Schon im Bundestagswahlkampf konnten wir in Baden-Württemberg über 100 Neumitglieder gewinnen. Mitgliedergewinnung und deren Schulung und Einbindung muss noch mehr Teil unseres politischen Alltags werden.

Was ich vor habe

Im Kommunalwahlkampf zählt für uns nicht nur jeder Sitz, den wir gewinnen, sondern auch, ob wir Themen aufgreifen und unabhängig vom Wahlausgang auch nach der Wahl bearbeiten, die die Menschen betreffen: Krankenhausschließung, Wohnungsnot, marode Schulen, sinnlose Prestigeprojekte wie Stuttgart21. An diesem Themen dran zu bleiben, auch wenn keine Wahlen sind, wird uns auf Dauer hoch angerechnet werden und vor Ort stärken.

Gleichzeitig denken wir global. Flüchtlinge sterben auf ihrer Flucht vor Krieg und Armut, Menschen in Griechenland und Spanien bringen sich aus Verzweiflung um - und werden von deutschen Politikern zu Sündenböcken gemacht, weil sie von unseren Steuergeldern profitieren würden. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die klar sagt, daß der Konflikt nicht zwischen Deutschen und Griechen, sondern zwischen Arm und Reich verläuft. Ich möchte im kommenden Jahr dafür sorgen, daß DIE LINKE bei den internationalen Blockupy-Protesten eine große Rolle spielt. Zusammen mit Menschen aus dutzenden Ländern gegen die Politik von Merkel und Troika in Frankfurt zu demonstrieren wird ein unübersehbares Zeichen der internationalen Solidarität.

Gemeinsam mit Euch und den Kreisverbänden vor Ort möchte ich eine kampagnenfähige LINKE aufbauen.

Dirk Spöri

Wohnort: Freiburg

E-Mail: spoeri@gmx.net

Ich bin 35 Jahre alt und neben der *LINKEN*, der *Linksjugend* ['*solid*] und *Die Linke.SDS* auch Mitglied bei *attac* und *ver.di*.

Beruflich arbeite ich als Softwareentwickler.

Zu mir selber:

Politisiert hat mich die Bewegung gegen den Golfkrieg 1990, dauerhaft aktiv bin ich seit den Protesten gegen die Kohlregierung 1996.

Besonders geprägt hat mich die globalisierungskritische Bewegung mit der Gründung von attac und den euro-päischen Sozialforen.

Aufgewachsen in der Grenzregion bin ich Internationalist und suche fortwährend den Austausch mit den Genossinnen und Genossen auf der anderen Seite des Rheins und in anderen Ländern.

Ziele:

- eine kampagnenfähige LINKE vor Ort
- Mitglieder gewinnen und einbinden
- Unterstützung und Fortführung der Blockupy- und UmFairTeilen-Aktionen

Bernhard Strasdeit, Kreisverband Tübingen
Bewerbung für den geschäftsführenden Landesvorstand.

Zur Person: Verheiratet, drei Kinder, 59 Jahre alt, Industriekaufmann, langjährige Berufstätigkeit in einem Metallbetrieb und im Lebensmittelgroßhandel, später parlamentarischer Berater, derzeit Landesgeschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg. Mitglied in der PDS seit 1996, dann in der LINKEN. Mitglied im Kreistag Tübingen, Mitglied in VVN/BdA, ver.di, Informationsstelle Militarisierung, Naturfreunde. Kommunalpolitische Präsenz in örtlichen Sozialinitiativen, aktive Mitarbeit in einem kirchlichen Flüchtlingsarbeitskreis in meinem Stadtteil.

Ich bewerbe mich um ein Mandat im geschäftsführenden Landesvorstand, weil ich an verantwortlicher Stelle weitere zwei Jahre daran mitwirken will, die kommunalpolitische und landespolitische Verankerung unseres Verbandes zu verstärken und zwar mit demokratischen und sozialistischen Positionen. Themen der LINKEN, wie soziale Gerechtigkeit, prekäre Beschäftigung, Demokratie in der Wirtschaft und im Arbeitsleben, Teilhabe für alle, Antimilitarismus, Internationalismus – alle diese Themen lassen sich auf die Politik vor Ort herunter ziehen – oft auch mit sichtbarem Erfolg. Ich will dazu beitragen, dass kommunalpolitisches Engagement mehr Genossinnen und Genossen in der Partei auch Spaß macht, weil man darüber den ständigen Kontakt mit unseren (möglichen) Wählerinnen und Wählern hat und mit den vielen Menschen, die sich in Vereinen sozial und kulturell engagieren. Das ist das, was manche als das zweite Kapitel der linken Parteibildung bezeichnen. Dazu gehören die Konsolidierung und der Aufbau der Kreisverbände und die Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz. Für beides setze ich mich ein. Um die Arbeit des gesamten Landesverbandes, seiner Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften, Abgeordneten und kommunalen Initiativen sichtbar zu machen, engagiere ich für die weitere Herausgabe der landesweiten Mitgliederzeitung Landesinfo und der Zeitung *Kurswechsel*. Ich sehe den Landesvorstand nicht nur als politisches Entscheidungsgremium sondern auch als ein koordinierendes, dienstleistendes, streitschlichtendes und Probleme lösendes Instrument auf Landesebene. Und ich werde mich wie bisher für eine freundschaftliche und solidarische Arbeitsweise im Landesvorstand einsetzen - nach dem Motto: was wir nicht selbst hinbekommen, können wir auch nicht von anderen einfordern. .

Bewerbung für den Landesvorstand

Elwis Capece, 48 Jahre alt,
Vater zweier (fast) erwachsener Söhne, geschieden, aber seit mehr als 14 Jahren wieder mit Leidenschaft vergeben.

Beruf:
Geschäftsführer und Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Nahrung – Genuss - Gaststätten (NGG), zuständig für die beiden Regionen Karlsruhe und Mannheim.
Aktiv in der Friedensbewegung und überzeugter Antifaschist, einer der Sprecher des VVN Kreisverbandes Karlsruhe und Koordinator des „Antifaschistischen Arbeitskreises Karlsruhe".
Darüber hinaus in verschiedenen sozialen Netzwerken aktiv.

Einige meiner LINKEN politischen Aktivitäten:
2011 Kandidat unserer Partei zur Landtagswahl.
2005 - 2009 Mitglied des Kreisvorstands der Linken in Karlsruhe
2005 Eintritt und Aufbauarbeit im Verein WASG und Mitglied des Vorstands in Karlsruhe.
2002 noch parteilos - Kandidatur für die PDS bei der Bundestagswahl im Wahlkreis Konstanz.

Vor meiner Zeit bei den Linken:
Studierendensprecher an der Akademie der Arbeit,
In den 80ér und 90ér Jahren verschiedene ehrenamtliche Mandate für die JUSOS und die SPD.
2000 Austritt aus der SPD wegen des völkerrechtswidrigen Kriegseinsatzes im damaligen Jugoslawien.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
als hauptberuflicher Sekretär einer kleinen Gewerkschaft bin ich „Allrounder" und habe gelernt, viele unterschiedliche Aufgaben gleichzeitig anzugehen und zu bewältigen.
In meiner früheren Funktion als DGB-Kreisvorsitzender in Konstanz habe ich mich intensiv mit Bildungspolitik und Sozialpolitik befassen können. Seitdem ich bei der Gewerkschaft NGG arbeite, haben sich meine Schwerpunkte etwas verlagert. Seit 10 Jahren kümmere ich mich intensiv um die Betreuung von Betriebsräten sowie um Fragen des Arbeitsrechts und um Tarifpolitik,. Hierbei habe ich fast täglich mit den Problemen von Menschen mit geringem Einkommen zu tun, die oftmals von ihren Arbeitgebern auch noch um das wenige Geld, das ihnen zusteht, betrogen werden.
Gerade in unserer kleinen Gewerkschaft nimmt die Anzahl der Betroffenen sprunghaft zu.
Weg mit Hartz IV und Leiharbeit, statt dessen her mit dem gesetzlichen Mindestlohn und menschenunwürdigen Jobs sind aus diesen Erfahrungen heraus ein absolutes MUSS.
Gewerkschaftliche Interessensvertretung darf nicht mehr allein an den Lebensverhältnissen des relativ gut verdienenden (männlichen) Facharbeiters aus der Metall- und Chemieindustrie gemessen werden. So wichtig es ist, deren erkämpfte Errungenschaften auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu verteidigen, umso wichtiger ist es, das Auseinanderdriften der Arbeitsgesellschaft zu verhindern. Hilfe zur Gegenwehr, Stärkung der Solidarität und der Kampf um Chancengleichheit für Alle sind mir besonders wichtig.

Für DIE LINKE in BaWü geht es darum als eigenständige politische Kraft wahrgenommen zu werden.
Was dort, wo es Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gibt, schon recht gut gelingt, muss von uns noch stärker in die Fläche getragen werden. Die Mischung aus zentralen landespolitischen Aktivitäten und regionalen Initiativen muss stimmen. In Zeiten des allgemeinen politischen Misstrauens werden wir an Zustimmung gewinnen, wenn wir ein klar erkennbarer Teil der sozialen Bewegungen sind. Dabei geht es nicht um die ständige Meinungsführerschaft. Es geht darum ein aktiver und kreativer Partner in der Politik zu sein, auf den sich sozial Engagierte, Friedens- und Umweltbewegte, AntifaschistInnen, und alle anderen Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer LINKEN verlassen können. Dazu möchte ich als Landesvorstandsmitglied beitragen.

Mit solidarischen Grüßen

Elwis Capece

Christina Frank,
Forchenweg 12
71120 Grafenau

Bild: Walter Kubach

Kandidatur für den erweiterten Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich für einen Sitz im Landesvorstand.
Falls ich gewählt werde nehme ich die Wahl an.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, die Partei stärker mit den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern zu verknüpfen, um unsere Basis zu verbreitern und zu festigen.
Als Gewerkschaftssekretärin kann ich dazu im Landesvorstand einen wesentlichen Beitrag leisten.

Nicht nur bei ver.di in Stuttgart, auch über die Grenzen hinaus und im Bereich der IGM sowie DGB stehe ich in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger für eine konsequente Vertretung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitnehmerinteressen. Ich stehe auch für die kämpferische Auseinandersetzung mit der Kapitalseite und werde in der Öffentlichkeit und bei Institutionen inzwischen in vielen Bereichen als ein glaubwürdiges Gesicht der Partei DIE LINKE wahrgenommen.

Diesen Standpunkt stetig und klar zu vertreten – das ist für mich nur möglich auf Basis der politischen Heimat in meiner Partei.

Meine politische Heimat – die Zusammenarbeit mit euch - gibt mir Kraft und ist sehr wichtig. Ich möchte mich daher mit meiner Erfahrung stärker in die Partei einbringen und glaube, dass ich dies im Landesvorstand sinnvoll und gewinnbringend tun kann.

Ich bitte euch um euer Vertrauen, eure Unterstützung und eure Stimme.

Mit solidarischen Grüßen

Christina Frank,
58. Jahre
Gewerkschaftssekretärin

Bewerbung für den Landesvorstand

Friedhelm Hoffmann

Kornwestheim

Kreisverband Ludwigsburg

- 1949 in Wuppertal geboren, Vermessungstechniker, Datenverarbeitungskaufmann, seit Februar 2013 im Ruhestand
- seit 2005 (WASG) Mitglied der Partei
- seit 2009 Stadtrat in Kornwestheim und Regionalrat
- Mitglied des Kreisvorstandes Ludwigsburg
- seit 1974 berufsbedingt Mitglied bei verschiedenen Gewerkschaften
  - hier seit 1976 Vertrauensmann
  - 1983-2013 Betriebsratsmitglied und –vorsitzender, u.a. verantwortlich für die Gründung eines Europäischen Betriebsrates
  - seit 2008 bis heute Kassierer der Ver.di-Betriebsgruppe Speditionen und Logistik, die über 40 Betriebe in der Region vertritt, sowie ehrenamtlicher gewerkschaftlicher Betreuer im Unternehmen des letzten Arbeitgebers.
- seit 1981 Mitglied der VVN/BdA, hier seit 1990 Kreiskassierer
- seit 1974 Mitglied der Naturfreunde
- seit 2010 Mitglied der Triathlon-Abteilung beim FC St.Pauli

Dank meiner beiden kommunalen Mandate habe ich in den letzten viereinhalb Jahren meine politischen Schwerpunkte in dieser Arbeit gefunden und bin der festen Überzeugung, dass zukünftige Erfolge unserer Arbeit in starkem Maße von dieser Basisarbeit abhängig sein werden, da die kleinen Erfolge und auch die Kritik an den bestehenden Verhältnissen von der Bevölkerung hier viel direkter und persönlicher wahrgenommen werden. Ich möchte im Landesvorstand mit dazu beitragen, dass die Kommunalpolitik in unserem Landesverband vor allem auch im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr wieder mehr in den Fokus rückt. Vor allem die Arbeit unserer Gruppe in der Regionalversammlung findet kaum Beachtung, so dass ich es gut und sinnvoll fände, wenn sich ein Vertreter dieser kommunalen Vertretung der Stadt Stuttgart und ihren fünf umliegenden Landkreisen mit immerhin 2,2 Mio. Einwohnern im Landesvorstand wieder finden würde. In meiner Arbeit als Stadtrat konnte ich u.a. eine erhebliche Verbesserung der Unterstützung für sozial Schwache in Kornwestheim erreichen und eine kritische Diskussion über die fragwürdige Zwangsmitgliedschaft vieler nordwürttembergischer Gemeinden im Neckar-Elektrizitätsverband (NEV) anstoßen. Auch in der außerparlamentarischen Arbeit vor Ort werde ich als Initiator der Initiative Stolpersteine Kornwestheim positiv wahrgenommen. Da ich keiner Strömung angehöre und ich meine langjährige Erfahrung in der gewerkschaftlichen, antifaschistischen und allgemeinen Bündnisarbeit (Naturfreunde, Friedensbewegung u.a.) einbringen könnte, würde ich mich freuen, wenn Ihr mir Euer Vertrauen schenken würdet.

Friedhelm Hoffmann

Edmond Jäger
Erlenweg 9
78532 Tuttlingen
internationale@gmx.de

Bewerbung für einen Sitz im erweiterten Landesvorstand

Liebe Genossinen und Genossen,
hiermit möchte ich mich um einen Sitz im erweitertem Landesvorstand bewerben.

Politischer Lebenslauf

- ***1982 Geburt in Arad, Rumänien***
- ***1990 Einwanderung als Aussiedler nach Deutschland, Landkreis Tuttlingen***
- ***2003-2009 Studium an der Universität Freiburg (Geschichte, Politikwissenschaft, Germanistik)***
- ***ab 2003 politisch aktiv an der Universität Freiburg***
  - ***attac Campus***
  - ***Beteiligung an Studentenprotesten gegen Studiengebühren***
- ***2004 Eintritt in den WASG-Verein, von Beginn an in der gleichnamigen Partei***
- ***2006 Kandidat der WASG für den Landtag im Wahlkreis Freiburg I***
- ***ab 2006 Schatzmeister der WASG Freiburg***
- ***2010/11 Referendariat im Hochschwarzwald***
- ***2011 aktiv im Wahlkampf im Hochschwarzwald***
- ***seit 2011 Lehrer an einem Gymnasium im Landkreis Tuttlingen***
- ***seit 2011 Aktiv in der GEW***
  - ***Landesvorstand Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg***
  - ***Sprecher der jungen GEW Baden-Württemberg***
  - ***Bundesausschuss der jungen GEW***
  - ***Kreisvorstand GEW Tuttlingen***
- ***seit 2012 Mitarbeit bei der LAG Bildung der LINKEN***
- ***seit 2013 Mitglied des erweiterten Landesvorstands der LINKEN***
- ***2013 Kandidatur für den Bundestag DIE LINKE im Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen***
- ***seit 2013 Kreisvorsitzender des DGB Tuttlingen***
- ***ich gehöre keiner Strömung innerhalb der Partei an***

Motivation: Bildung zu einem zentralen Thema machen

Gerade seit wir eine neue Landesregierung haben, ist die Bildungspolitik ein langfristig (!) wichtiges politisches Feld. Über 11.000 Lehrerstellen sollen bis 2020 gestrichen werden, während viele Schulen kämpfen müssen, damit sie den wenigstens den sogenannten Pflichtbereich abdecken können. Außerdem stehen uns noch lange poltische Debatten um die Gemeinschaftsschulen ins Haus. Die Auseinandersetzungen um Gemeinschaftsschulen und Gymnasien werden nicht so bald abebben. Wir müssen als Linke viel stärker in die bildungspolitische Diskussion im Land eingreifen.

Wir stellen als einzige Partei den Zusammenhang zwischen der Bildungsfinanzierung durch die Fiskalpolitik des Bundes und den Kürzungen im Schulbereich her. Zumindest sind wir die einzige Partei, die auch bundespolitisch die Weichenstellung der Kürzungen (Stichwort Schuldenbremse!) ablehnt und glaubwürdig eine andere Steuerpolitik als Grundlage auch einer anderen Bildungspolitik vertritt.

Während die Finanzierung also politische Ebenen übergreifend organisiert ist, leidet die Bildungspolitik am Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern. Wir müssen uns die Aufhebung dieses unsinnigen Verbots auf die Fahnen schreiben. Das würde den Weg für die finanzielle Verbesserung unserer Schulen ebnen.

Durch meine Aktivitäten in der GEW und aus der beruflichen Praxis kann ich im Landesvorstand bildungspolitische Themen einbringen. Ich möchte, dass dieses Thema einen größeren Stellenwert innerhalb unserer Partei erhält. Dadurch können wir dafür sorgen, dass wir auch nach außen als bildungspolitische Kraft auftreten könnten.

Die Bildungspolitik wird das wichtigste Thema der nächsten Landtagswahl werden. Wenn wir auch nur die Chance auf einen Einzug in den Landtag haben wollen, müssen wir uns bildungspolitisch gut aufstellen. Noch einmal, es handelt sich um das wichtigste landespolitische Thema. Eine langfristige Arbeit hieran finde ich unerlässlich und das möchte ich gerne tun.

Kreisverband Schwarzwald-Baar-Heuberg

Ein zweites Motiv für meine Kandidatur ist die Verbreiterung der Partei im ländlichen Raum. Der Kontakt unserer Region (VS,TUT,RW) zur Landesebene ist natürlich leichter, wenn wir einen Vertreter im Landesvorstand haben.
Die Mitglieder haben in einer Abstimmung Zustimmung zu meiner Kandidatur bekundet.

Bisherige Aktivitäten im Rahmen des Landesvorstands

Der Bundestagswahlkampf stand für uns alle dieses Jahr im Fokus, so auch für mich, da ich auch kandidiert habe.

Dennoch konnte ich auch ein paar Akzente für die Bildungspolitik setzen.

- *Teilnahme an der BAG Bildung*
- *Presseerklärung zu bildungspolitischen Themen, siehe Links:*

http://www.die-linke-bw.de/nc/politik/presse/detail/browse/1/zurueck/presse/artikel/gruen-rotes-streichkonzert-an-musikhochschulen-absagen/
http://www.die-linke-bw.de/nc/politik/presse/detail/browse/1/zurueck/presse/artikel/linke-unterstuetzt-gew-bildungsproteste-am-mittwoch/

- *Mitorganisation der Beteiligung der LINKEN an den Bildungsprotesten dieses Jahr in Stuttgart und Freiburg*

Presseecho zu meiner Bundestagskandidatur (Auswahl):

http://www.schwaebische.de/region/sigmaringen-tuttlingen/tuttlingen/rund-um-tuttlingen_artikel,-Kandidaten-geben-manche-Ueberraschung-preis-_arid,5498189.html
http://www.schwaebische.de/region/sigmaringen-tuttlingen/tuttlingen/stadtnachrichten-tuttlingen_artikel,-Ein-Tuttlinger-will-in-den-Bundestag-_arid,5377190.html
http://www.myvideo.de/watch/9230188/Seitingen_Oberflacht_Politik_zum_Anfassen
http://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baar-heuberg/tuttlingen/Linke-nominiert-Edmond-Jaeger;art372539,5861596
http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-linke-waere-gut-fuer-40-bis-50-prozent.4093ae19-672e-4550

Bewerbung für den Landesvorstand

Gregor Mohlberg, geb. 1976
Kreisverband Freiburg

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde und MitstreiterInnen,

hiermit möchte ich mich erneut für eine Wahl in den erweiterten Landesvorstand der Südwest-LINKEN zu Wahl stellen. Ich gehöre diesem Gremium bereits seit Gründung der LINKEN im Jahr 2004 an. Davor war ich Landessprecher der Linksjugend. Seit 2005 arbeite ich als Wahlkreismitarbeiter von MdB Karin Binder. Ich habe als Mitglied im Landes- und Bundeswahlbüro die letzten Wahlkämpfe der LINKEN mit vorbereitet und mit organisiert.

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem BürgerInnenverein Rieselfeld, beim Fußballclub Tennis Borussia Berlin, den Jungen Europäischen Föderalisten und der VVN-BdA. Ich bin seit 1994 Mitglied der LINKEN, bzw. der PDS. Davor war ich kurzzeitig Mitglied der Jusos und der SDAJ.

Im Landesvorstand habe ich diverse Projekte der letzten Jahre organisatorisch und inhaltlich mit begleitet, darunter die Durchführung der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, zentrale Publikationsprojekte (Flyer, Kurswechsel, Plakate), den Aufbau diverser Internetseiten auf Landes-, Kampagnen- und Kreisebene.

Zentrales Themen meiner Arbeit im Landesvorstand soll auch weiterhin die Begleitung Öffentlichkeitsarbeit der Partei sein und die Unterstützung der Partei in den Wahlkämpfen, technisch, logistisch, konzeptuell und inhaltlich. Wichtig ist mir dabei auch weiterhin eine Modernisierung und Professionalisierung unserer Öffentlichkeitsarbeit, bei gleichzeitig nur geringen vorhandenen Finanzmitteln und auf weitgehend ehrenamtlicher Basis, also getragen von möglichst vielen Mitgliedern unserer Partei.

Inhaltlich stehe ich für eine Erweiterung der LINKEN vor allem um den Themenbereich der direkten Demokratie und Volksabstimmungen sowie eine Verstetigung der inhaltlichen politischen Arbeit der LINKEN in der Breite. Im Bereich der Bildungspolitik ist mir wichtig die Interessen der SchülerInnen und Eltern jenseits der Gymnasien im Auge zu behalten und aktiv gegen die kleinen aber alltäglichen Ungerechtigkeiten im Schulwesen vorzugehen, wie massenhaften Schulstundenentfall, keine Mittel für Klassenfahrten, Arbeitsgemeinschaft, Schulsozialarbeit, Fördermaßnahmen für einen weiterführenden schulischen Bildungsweg und moderne Lernhilfsmittel sowie die vielen maroden Schulbauten.

Von besonderer Wichtigkeit ist mir die stete Weiterentwicklung der innerparteilichen Kultur der LINKEN, sowohl im Umgang miteinander auf allen Ebenen als auch in der Politikentwicklung. Aus eigener Erfahrung habe ich immer wieder feststellen können, dass die eigentliche Kraft in der Vielfalt der Personen und beteiligten Charaktere liegt und sich gerade daraus interessante Debatten und Impulse entwickeln, die auch einen Großteil der Attraktivität der LINKEN ausmachen können, wenn man es nur zulässt und das zu nutzen weiß.

Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen. Der Kreisverband Freiburg und Einzelmitglieder der LINKEN haben mir diese bereites zugesagt und signalisiert.

Mit radikaldemokratischen Grüßen
Gregor Mohlberg

Tel: 0761-1374431 – Mail: gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Utz Mörbe, Weil der Stadt
Bewerbung um die Wiederwahl als Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE BaWü

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich war Mitglied der WASG seit der Gründung und bin Mitglied bei „DIE LINKE“ seit deren Gründung.
29 Jahre alt, geboren in Stuttgart, arbeite ich als Betreuungsassistent in der WFBM atrio Leonberg der Diakonie und freue mich über die Unterstützung meines Kreisverbandes Böblingen für meine Kandidatur.
Folgende Themen sind mir besonders wichtig:
In Verbindung mit der UN-Menschenrechtskonvention habe ich als Landesvorstandsmitglied und Mitglied der LAG „selbstständige Behindertenpolitik“ regelmäßig das wichtige Thema Inklusion im Landesvorstand zur Sprache gebracht. Zusammen mit der Linksjugend und mit Bündnispartnern habe ich eine Kinoveranstaltung zum Thema in Weil der Stadt organisiert. Als Vertreter der Linken habe ich dazu auf verschiedenen Podiumsdiskussionen teilgenommen und Vorträge, auch im Wahlkampf, gehalten. Ich bin als Werkstattrat Mitbegründer von „Inklusives Ludwigsburg“ verankert beim dortigen Landratsamt und in dessen geschäftsführenden Vorstand, um auf die lokale Politik einzuwirken. Außerdem engagiere ich mich beim Teilnahmebeirat Böblingen, verankert im dortigen Landratsamt. Weiter bin ich aktiv in verschiedenen regionalen und dem landesweiten Arbeitskreis der Werkstatträte und der Diakonie Württemberg.
Zukünftig müssen wir darauf drängen Inklusion in den Schulen BaWüs durchzusetzen, statt Lehrerstellen abzubauen. Der Rückgang der Schülerzahl bietet eine große Chance Inklusion in den Schulen voranzubringen. Auch die unterirdische Bezahlung (z. T. unter 100 € im Monat) in den Behindertenwerkstätten muss geändert werden.
Ich habe eine Antifaschistische Woche in Leonberg und verschiedene Konzerte, zusammen mit Bündnispartnern organisiert und zeige Gesicht auch durch zivilen Ungehorsam bei Naziaufmärschen z. B. in Dresden, Heilbronn, Karlsruhe, Göppingen, aber auch im Fußballstadion z. B. als Vorsitzender des Fanclubs der Stuttgarter Kickers „Bunte Blaue“. Zukünftig werde ich mich um Fanprojekte in unserer Partei beim Fußball bemühen. BaWü ist da noch Entwicklungsland.
Wie in der Vergangenheit werde ich mich auch zukünftig stark dafür machen, dass dieses unsinnige Projekt S 21 gestoppt wird.
Ich bin Mitglied bei den Linken, Kreisverband Böblingen, Gründungsmitglied der Linksjugend [`solid] Böblingen/Calw, bei ver.di, Fachbereich Gesundheitswesen, attac und den Stuttgarter Kickers. In der Fa. WFBM atrio Leonberg bin ich gewählt in den Werkstattrat.
Mit sozialistischen Grüßen
Utz Mörbe

Reinhard Neudorfer

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchte ich erneut für eine Wahl in den erweiterten Landesvorstand der LINKEN Ba-Wü kandidieren. Ich gehöre diesem Gremium seit Gründung der LINKEN an und kann sagen, dass ich meine Aufgaben dort zuverlässig und aktiv wahrgenommen habe.

Geboren und aufgewachsen in München, lebe ich seit 1977 in Waiblingen. Ich bin Dipl. Verwaltungswirt (FH) und habe viele Jahre bis zu meiner Rente als Berater für berufliche Rehabilitation von behinderten Jugendlichen gearbeitet.

Politisch bin ich ein Alt-68er, war früher beim marxistischen Studentenbund Spartakus und in der DKP (Reformströmung), dann in der PDS.
In der letzten Amtsperiode des Landesvorstands habe ich mich um den Aufbau einer LAG Antifa bemüht, was mein Hauptarbeitsgebiet innerhalb und außerhalb der Partei ist. Ich sage offen: es hat nicht geklappt mangels Mitwirkung der Mitglieder.
Ich kann mir aber vorstellen, noch einmal einen Versuch zu starten, wenn sich hier eine Veränderung ergibt.
Damit bin ich auch an einem Punkt der Diskussion, der mich nicht selten beschäftigt. Mir scheint in der Partei zu oft der Fall zu sein, dass wir zwar viel beschließen, aber zu wenig über die Umsetzung nachdenken.
Etwas mehr Nüchternheit auf allen Ebenen scheint mir in der Partei hier angebracht.

Außer mit dem Thema Antifa beschäftige ich mich mit dem Bereich Bildung und den kommenden Kommunalwahlen, was nicht einfach werden wird. Im Zusammenhang mit meiner Antifa-Aktivität bin ich vor Ort aktiv in einer Gruppe junger AntifaschistInnen.
Dies entspricht meinem Grundsatz, dass die Hälfte der Parteiarbeit außerhalb der Partei in einem Bündnis stattfinden sollte.
Mit meinem Spezialthema Spanischer Bürgerkrieg bin ich seit zwei Jahren überall im Lande als Referent unterwegs, vor kurzem in Stuttgart.
Für die weitere Entwicklung der LINKEN nicht nur in Baden-Württemberg wird interne Bildungsarbeit immer wichtiger. Hierzu brauchen wir auch neue Ideen und Personen.

Ich gehöre keiner Strömung der Partei an, meine Kandidatur wird vom Kreisvorstand unterstützt.

Funktionen:

- Einer der zwei Kreisvorstandssprecher der LINKEN -Rems-Murr
- Vertreter Baden- Württembergs in der Bundeskommission politische Bildung
- Mitglied im Kreis- und Landesvorstand der VVN-BdA
- Mitglied im Vorstand von ver.di Rems-Murr-Kreis
- Aktiver Gewerkschafter seit Jahrzehnten, früher stellvertretendes Personalratsmitglied
- Vertreter des DGB Rems-Murr im Fachbeirat des Kreises gegen Rechtsextremismus
- Stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ba-Wü

Weitere Aktivitäten:

- Mitbegründer einer alternativen Liste (als Kommunalwahlbündnis) in Waiblingen
- Mitarbeit bei attac Waiblingen
- Mitarbeit in der Waiblinger Initiative gegen Stuttgart 21

Marco Radojevic KV Konstanz - Bewerbung für den erweiterten Landesvorstand

"Wenn Radojevic auf Touren ist, ist er fast nicht zu bremsen, ob im Dialog oder vor der Masse, etwa als Vorredner von Gregor Gysi. Der 23-Jährige fordert den Dissens heraus. Gedanken sollen keine Grenzen gesetzt sein. „Demokratie lebt vom Subjektiven, dem Auswählen zwischen den Wegen", sagt er. Nur durch Reibung entstehe ein konstruktiver Konsens. Streiten ja, aber fair und auf Augenhöhe. Ohne Eitelkeiten." **SÜDKURIER**

Liebe GenossInnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich auf einen Sitz im Landesvorstand von DIE LINKE Baden-Württemberg.
Wir haben bei dieser Bundestagswahl einen engagierten Wahlkampf geführt und lagen dementsprechend deutlich über dem Ergebnis der Landtagswahlen. Weiterhin ist es uns gelungen die Mitglieder und Symphatisanten aktiv in unseren Wahlkampf einzubinden und auch viele neue Genossinnen und Genossen für DIE LINKE zu gewinnen. Dennoch muss uns allen klar sein, dass wir noch viele Arbeit vor uns haben und noch viele strukturelle Probleme zu lösen haben, bevor wir in Baden-Württemberg auch als landes- und kommunalpolitische Kraft ernst genommen werden.

Außerhalb der Groß- und Unistädte ist es uns trotz eines guten Wahlkampfes nicht gelungen die "5%-Hürde" zu überspringen. Dies liegt einerseits an der unterschiedlichen Bevölkerungszusammensetzung in der Fläche, aber auch in weniger ausgebildeten Parteistrukturen und schwacher kommunalpolitischer Verankerung.
Dies Problem müssen wir in den kommenden Kommunalwahlen angehen: Hier müssen wir uns einerseits als Kümmererpartei, als "soziale Alarmanlage" zeigen, aber auch als Partei präsentieren, die in den Kommunen für konkrete, greifbare Verbesserungen sorgt. Ob Initativen zur Einführung von Sozialtickets, das Eintreten für stärkere Bürgerbeteiligung oder das Streiten für mehr städtischen Wohungsbau: Wir müssen beweisen, dass wir in den kommunalen Parlamenten eine "Partei mit Mehrwert" für die Bürgerinnen und Bürger sind.

Wir haben in diesem Wahlkampf erlebt, dass die Menschen uns wesentlich offener, freundlicher und mit mehr Akzeptanz begegnen als noch in früheren Wahlkämpfen. Auf diese Akzeptanz müssen wir bei der nächsten Landtagswahl und der kommenden Kommunalwahl aufbauen.

Die Grün-Rote Landesregierung ist mit dem Ruf nach Wechsel und Wandel angetreten, hat sich aber vor allem im Bereich der Bildungspolitik als Wolf im Schafspelz herausgestellt. 11600 Lehrerstellen sollen abgebaut werden, es wird über Studiengebühren für Ausländer, über Bewerbungsgebühren für Studienanfänger diskutiert und der Ausbau der Gemeinschaftsschulen läuft schleppend. Selten ist eine Landesregierung mit ihren Versprechungen so massiv gescheitert. Deshalb muss die Bildungspolitik ein zentrales Thema im nächsten Landtagswahlkampf werden.

Ein weiteres zentrales Anliegen bei einer Tätigkeit im Landesvorstand muss eine Stärkung der Mitgliedereinbindung sein: Mitgliederentscheide und die Einbindung der Mitglieder in inhaltliche aber auch Strategiefragen, müssen endlich zum ABC unserer Parteiarbeit gehören. Wir sind angetreten, diese Gesellschaft in allen Bereichen zu demokratisieren, lasst uns deshalb mit uns selbst anfangen!

Ich will mein Tätigkeit im Landesvorstand genauso ausfüllen wie meine bisherigen Parteitätigkeiten: Kommunikativ, Transparent und als lauter Streiter für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden, mit viel Herz und Leidenschaft aber auch mit Verstand.
Ich bitte euch um euer Vertrauen.

Solidarische Grüße

Marco Radoejvic

Parteiengagement:
2010: Eintritt in DIE LINKE
2011-2012: Landessprecher der Linksjugend['solid] BaWü
Bundesparteitagsdelegierter
Direktkandidat in Konstanz und Listenplatz 8 bei der Bundestagswahl 2013

Sonstiges Engagement / Mitgliedschaften
Mitglied des Studierendenparlaments Universität Konstanz (Seit Sommer 2012)
Helfer beim Altenhilfeverein Konstanz e.V.
Ver.di-Mitglied

Persönliches.
Geboren am 20.09.1990 in Göppingen als Sohn eines Speditionskaufmanns und einer Hauswirtschafterin. Aufgewachsen in Bad Ditzenbach / Auendorf.

Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz

Tätigkeit als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft

Bewerbung für den erweiterten Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin Jessica Tatti, Sozialarbeiterin, 32 Jahre alt und gehöre zum Kreisvorstand der Linken Reutlingen. Außerhalb der Partei bin ich ehrenamtlich im Vorstand der Arbeiterbildung e. V. aktiv, die kostenlose und unabhängige Beratung für Erwerbslose und andere Transferleistungsbeziehende anbietet. Mein politischer Schwerpunkt ist das Thema soziale Gerechtigkeit, insbesondere die Arbeitsmarktpolitik und die Sicherung bzw. Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, die damit in direktem Zusammenhang steht. Unser Parteiprogramm bietet auch hier ernsthafte politische Alternativen. Um sie voranzubringen, ist die Aktivierung und Betreuung unserer Mitglieder sowie die Mitgliederwerbung besonders wichtig.

Die Linke muss sich kommunal verankern, ihre Basis ausweiten und die Verbindung mit außerparlamentarischen Bewegungen intensivieren. Dazu können wir an das, was wir im Bundestagswahlkampf erreicht haben, gut anknüpfen. Für den Kommunalwahlkampf ist es wahlsystematisch und strategisch wichtig, die Jugend und die EuropäerInnen in Baden-Württemberg anzusprechen. Dadurch lassen sich zudem Kommunal- und Europawahlkampf verbinden - beides wird in nächster Zeit unsere Hauptaufgabe sein. Ich möchte im Landesvorstand an der Konzeption und Durchführung entsprechender Kampagnen mitarbeiten.

Auch wenn wir drittstärkste Partei im Bundestag sind, müssen wir verlorene Wählerstimmen zurückgewinnen. Deshalb müssen wir jetzt auf eine Stärkung der Partei von unten setzen und mit der Arbeit auf Landesebene vor allem kleinere Kreisverbände unterstützen. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD zeigen wieder deutlich, wie unverzichtbar unsere Partei für den Kampf um soziale Gerechtigkeit und Frieden ist. Für diese Ziele muss die Linke stärker werden. Das ist gerade in Baden-Württemberg eine schwierige aber umso wichtigere Aufgabe. Dafür will ich mich einsetzen.

Beste Grüße, Jessica Tatti

jessica.tatti@gmx.de

Ralf Wirth

Gartenfeldstr. 51

68169 Mannheim

Tel.: 0621 / 863 66 77 8

Mobil: 0177 / 7 85 67 59

Email.: ralf.wirth@aol.de

Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genossin, lieber Genosse,

hiermit bewerbe ich mich um einen Sitz im Landesvorstand und bitte um Dein Vertrauen und Deine Stimme.

Zu meiner Person: Geboren wurde ich am 17. Dezember 1966 in Ludwigshafen am Rhein, zur Zeit absolviere ich ein Duales Studium der Sozialen Arbeit / Sozialpädagogik (3. Semester) an der DHBW Heidenheim; Praxisbetrieb: Internationaler Bund. In meinem Kreisverband in Mannheim bin ich seit 2009 Mitglied und seit 2012 im Vorstand tätig.

Meine Beweggründe für meine Mitgliedschaft sind, dass ich gerne unsere Gesellschaft mitgestalten möchte. Als Vorstandsmitglied im Kreisverband Mannheim habe ich immer wieder feststellen dürfen, dass DIE LINKE. viele engagierte und motivierte Mitglieder hat. Sie möchten unsere politischen Ideen auf Veranstaltungen und an Infoständen den Menschen näher bringen. Solche Mitglieder und Mitgestalter wünsche ich mir viele, viele mehr.

Gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen im neuen Landesvorstand möchte ich mich um eine neue Bildungsstruktur und Bildungskultur im Landesverband bemühen. Das politische Wissen, gepaart mit kreativen Aktionen, dem Engagement und der Leidenschaft unserer Genossinnen und Genossen für eine soziale, gerechte und friedliche Gesellschaft zu arbeiten, ist der wertvollste Schatz unserer Partei. Ein gutes Bildungsangebot ist Anerkennung und Wertschätzung für unsere Genossinnen und Genossen und trägt zur Bindung an unsere Partei bei.

Mit solidarischen Grüßen

Ralf Wirth

Kandidatur für den Landesvorstand

Edgar Wunder

- 44 Jahre, verheiratet, zwei Kinder
- Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie und Geographie an der Universität Heidelberg. Promotion 2005. Seitdem Dozent bzw. Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg.
- 2005 Beitritt zur WASG. 2009 bzw. 2011 Bundestags- bzw. Landtagskandidat im Wahlkreis Rhein-Neckar.
- Kreisvorstand im Kreisverband Heidelberg, seit 2009 auch des Landesvorstands.
- Seit 2009 Kreisrat und Fraktionsvorsitzender für die LINKE im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises.
- 2010-2012 Wahlkreis-Mitarbeiter von MdB Michael Schlecht, dann des Regionalbüros Süd der Bundestagsfraktion, dann des Landesverbands.
- 2009-2013: Mitglied der Antragskommission des Landesparteitages, der Landes- und Bundessatzungskommission und des Präsidiums des Bundesparteitages
- Mitglieder des Landesvorstands von Mehr Demokratie e.V. in Baden-Württemberg, Mitglied der GEW und von etwa 20 weiteren Vereinen und Initiativen.
- 2008 Koordinator des (erfolgreichen) Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids gegen die Privatisierung von Sozialwohnungen in Heidelberg.
  2011 bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 Mitglied des überparteilichen Koordinationsteams für die landesweite Kampagne „JA zum Ausstieg“.
- Politische Themenschwerpunkte: Demokratieentwicklung, Bürgerrechte, Bildungspolitik, Energiepolitik, Kommunal- und Landespolitik.

Im neuen Landesvorstand möchte ich mich im nächsten halben Jahr auf die organisatorische Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 konzentrieren. Dazu haben alle Kreisverbände bereits Handreichungen und Hilfestellungen bekommen, weitere werden folgen.
Ab der zweiten Jahreshälfte 2014 würde dann der Parteiaufbau in den „struktur-schwachen“ Kreisverbänden für mich im Vordergrund stehen, sowie thematische und organisatorische Vorbereitung auf die Landtagswahl im Frühjahr 2016.

Kandidatur Landesschiedskommission

zu meiner Person	**Anita Schmidt**, 53 Jahre, gelernte Einzelhandels- und Bürokauffrau, Kreisverband Konstanz
politischer Wertegang	
Juli 2007	Eintritt in die Partei **DIE LINKE**
von 2007 bis 2009	Delegierte des Main-Tauber-Kreises zum Landesparteitag
von 2007 bis 2009	2. Sprecherin der Landesschiedskommission Baden-Württemberg
2008	in zwei Wahlperioden, Delegierte Bundesparteitag
2009 bis 2011	Mitglied des Kreisvorstandes Main-Tauber
2009 bis 2011	Delegierte Landesausschuss
seit 2008	Gewerkschaftsmitglied Ver.di Mitglied AG Betrieb und Gewerkschaft
Oktober 2013	Delegierte des Kreisverbandes Konstanz zum Landesparteitag

Alexander Kauz

August – Faller – Str. 7a
79183 Waldkirch
Tel: 07681-23143 / 0178-7613470
Email: arkrib@t-online.de

55 Jahre
Diplom Ingenieur – Betriebsratsvorsitzender
IG Metall
Politisch aktiv seit 1978
Mitglied im Kreisvorstand KV Emmendingen

Erneute Kandidatur als Delegierter des LV BaWü im Bundesausschuss (BA)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Als einer der Delegierten des LV BAWÜ möchte ich mich gerne für zwei weitere Jahre als Delegierter unseres Landesverbandes bewerben.

Die Funktion als Delegierter der Basis ohne höhere Parteifunktion hat mir in den vergangenen zwei Jahren Freude bereitet und viele Erfahrungen gewinnen lassen.

Daran möchte ich gerne anknüpfen und mich weiter mit meiner Erfahrung als Betriebsratsvorsitzender und kritischer Gewerkschafter einbringen. Wichtig ist mir neben den Interessen unseres Landesverbandes Euch im BA zu vertreten.

In der Ost-West AG des BA konnte ich an spannenden Diskussionen über unsere Gesamtpartei teilhaben und meine (West) Erfahrungen einbringen. Letztlich dient diese Plattform dem gegenseitigen Verständnis für unterschiedlich politische Sozialisationen und dem weiteren Parteiaufbau im Gesamten.

DIE LINKE sollte noch viel deutlicher werden lassen, für was sie steht und was die Menschen von uns zu erwarten haben. Daran mitzuwirken macht mir Freude und sollte uns allen dienen.

Wichtig ist dabei für mich die Rückkopplung an die Basis im Landesverband. Das bedeutet, ich lasse mich gerne auf Kreismitgliederversammlungen und Regionalkonferenzen einladen, um Rede und Antwort zu stehen.

Dafür bitte ich Euch um euer Vertrauen und erneute Stimme, zwei weitere Jahre als Delegierter im Bundesausschuss mitzuarbeiten.

Waldkirch, den 30. Oktober 2013

Alexander Kauz

Mitglied im Kreisvorstand KV Emmendingen

Manfred Jannikoy
Schwarzwaldstraße 21
79539 Lörrach
Tel.: 07621 705211 / 015151763371
Email: m.jannikoy@kabelbw.de

Alter: 44 Jahre
Aus Waldniel (NRW) - seit 2001 in Lörrach

Mitglied im Kreisvorstand Lörrach seit Gründung der LINKEN zuvor bereits seit 1991 in unserer älteren Quellpartei aktiv

Kandidatur als Vertreter des Landesverbands Baden-Württemberg im Bundesausschuss der LINKEN (gemischte Liste)

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich mich gerne für die nächsten zwei Jahre als Vertreter unseres Landesverbands im Bundesausschuss der Partei bewerben. Die Hauptaufgabe ist, das Zusammenwachsen der Landesverbände zu fördern und zu unterstützen. Hier gilt es vorhandene Ressourcen zu nutzen, um Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen zusammenzubringen - aus Ost und West sowie aus verschiedenen Strömungen und Zusammenschlüssen zu verschiedensten politischen Themenfeldern.

Aufgrund meiner langjährigen aktiven Mitwirkung sowohl in einem Ost- als auch in unserem Landesverband in verschiedenen Gremien, sehe ich mich als ein sehr gutes Bindeglied, um auch manchmal verhärtete Fronten aufweichen zu können. Meist sind die Gemeinsamkeiten viel größer und mensch ertappt sich dennoch dabei, den Fokus auf Unterschiede zu legen. Hier könnte der Bundesausschuss noch besser vermitteln.

Da auch mal der nüchterne und ungebundene Blick vom Rand auf das große Ganze nie schadet, würde ich mich gerne für unseren Verband dieser Aufgabe widmen. Die Arbeit ist auch kein völliges Neuland für mich, da ich bereits zwei Jahre Mitglied einer vergleichbaren Struktur - für die damalige BAG im Queerbereich - im Parteirat unserer Quellpartei war.

Der demokratische Sozialismus ist nicht nur für mich seit Jahren Weg und Ziel! Um mit euch allen möglichst viele Ideen zu sammeln und Menschen zu gewinnen, sind optimale Bedingungen in und bei der Partei zu schaffen – der Ausschuss muss hier noch stärker engagiert seiner Rolle gerecht werden und unseren Parteivorstand unterstützend begleiten, kontrollieren und auch öfters initiativ werden.

Ein nötiges „offenes Ohr“ habe ich da auch für Menschen aus jeder Strömung und Region – nicht nur für die Meinigen.

Dieser neuen Aufgabe möchte ich mit „Leib und Seele“ widmen und bitte Euch deshalb um euer Vertrauen und Stimme.

Lörracher Nordstadt, den 18. November 2013

Manfred Jannikoy